Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: Deßauer-Straße № 5. Insertions-Gebühr für den Raum einer dreigespaltenen Petitzeile 2 Sgr.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!

Das Abonnement beträgt: 1½ Rt. für ¼ Jahr in Berlin, 1⅞ Rt. incl. Postzuschlag in allen Theilen der Monarchie. Einzelne Nummern werden mit 2½ Sgr. berechnet. Dies Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Nr. 273. **Berlin,** Freitag, den 23. November. **1849.**

Zum Ablösungs-Gesetzentwurf.

Der Ablösungsgesetzentwurf bestimmt, daß mehrere Rechte, die unzweifelhaft die Qualität des Privat-Eigenthums haben, z. B. das Ober-Eigenthum des Erbverpächters und Erbzinsherrn, ohne Entschädigung aufgehoben sein und daß Renten, die nach bestehenden gerichtlichen Verträgen nur zum 25fachen Betrag abgelöst werden dürfen, jetzt zum 18- und resp. 20fachen Betrage ablösbar sein sollen. — Des Pudels (oder vielmehr des dem Entwurf zum Grunde liegenden Patowschen Promemorias) Kern ist also: Die Antastung des Eigenthums und die Vernichtung der bindenden Kraft der Verträge. „Endlich giebt man den durchlöcherten Rechtsboden und die lächerliche Scheu vor dem Privat-Eigenthum auf!" — So sprach die Dresdener Zeitung, das Organ der provisorischen Regierung in den Tagen des dortigen Mai-Aufruhrs; das Ministerium löschte diesen Aufruhr mit dem Blute preußischer Getreuen. — Und nun?!! — — Als vor etwa einem Jahre Proudhon mit Vorschlägen, die eine ähnliche Tendenz hatten, vor die französische Constituante trat, erhob sich dagegen ein Sturm der Entrüstung. Und bei uns? — Ein hoher Staatsbeamter übernahm jene Rolle; kein allgemeiner Unwille empfing ihn. Nur die überstürzenden Ereignisse ließen es nicht zur Ausführung kommen; — die Revolution, verlegen um die Auswahl unter den Errungenschaften, griff, in kindischer Hast sich versehend, nach dem prinzipiell eben so verwerflichen, aber in seinen Folgen weniger durchgreifenden Jagdgesetz, — und inzwischen brach der rettende November herein! Die Männer, welche noch jetzt an der Spitze des Staates stehen, bändigten die bösen Geister der Anarchie und bahnten die Möglichkeit einer bessern Zukunft an. Und nun? — — Dasselbe Ministerium, welches Preußen aus dem Schlamm der Revolution rettete, sucht aus diesem Schlamm jenes Promemoria hervor und bringt es vor die Kammern als eine offne Frage! —

Aus dem vorgelegten Gesetzentwurf eine offne Frage zu machen, zeugt von einem gänzlichen Verkennen des herrschenden Geistes in den Kammern wie im Volke.

Das Volk und die Kammern, beide wären in ihrer Mehrheit gerne bereit, dem Ministerium zu folgen. Das Volk und die Kammern verlangen eine starke, eine entschiedene Regierung. Das Volk verlangt von ihr und von seinen Vertretern Thaten; — es will keine Intriguen um Minister-Portefeuilles. Das Ministerium Brandenburg bleibe sich selbst treu, und Volk und Kammern werden ihm treu zur Seite stehen! Aber jedes Wanken, jedes „Offenlassen" von wichtigen Fragen unterhöhlt den Boden unter seinen Füßen, schwächt das Vertrauen im Volke und ebnet der paulskirchlichen Partei die Wege.

Diese Partei wird wahrlich nicht die Resignation haben, in der „offnen Frage" ihre väterlichen und verwandtschaftlichen Gefühle zu verleugnen und „ministerieller zu sein als das Ministerium."

Ist es möglich, daß das Ministerium vergessen hat, wodurch es das populairste Ministerium geworden ist, das Preußen sah? — Lediglich deßhalb, weil es der Revolution mit unerschütterlicher Energie entgegentrat! — Glaubte es etwa durch jenen Gesetzentwurf noch populairer zu werden? —

Bei der Demokratie? mit Hohnlachen wird sie die Abschlags-Zahlung einstreichen und den Rest nur desto ungestümer fordern. Oder bei dem gesunden Kern des Volkes? Er wird sich trauernd abwenden. Oder bei jener schwankenden, urtheilslosen Mitte? bei ihr ist populair, wer sie mit Kraft beherrscht!

Ein Gesetzentwurf, dessen Grundideen so durch und durch rechtswidrig sind, durfte nie vorgelegt werden.

Noch lebt in einem großen, besseren Theile aller Stände des Volks ein positives religiöses Bewußtsein, und daher auch der Sinn für das Recht. — Das ist der felsenfeste Damm, an dem bisher alle Wogen der Anarchie sich brachen, und der Preußen und Deutschland rettete! Wenn aber die, so von Gott und Rechtswegen berufen sind, diesen Damm zu verstärken und zu vertheidigen, selbst Hand anlegten zu seiner Unterhöhlung, dann wehe uns! — Das Volk, d. h. jener bessere Theil desselben, ist noch gewohnt, auf seine Obrigkeit mit festem Vertrauen zu blicken, als auf die Trägerin des ihr von Gott in die Hand gegebenen Schwertes der Gerechtigkeit. Wenn aber die Obrigkeit selbst die unbestrittensten Grundsätze des Rechts antastet, wenn das Eigenthum und das feierlich gegebene Wort nicht mehr unverletzlich sind, — dann hieße es Uebermenschliches verlangen vom Volke, daß es noch länger der Sirenen-Stimme der Demokratie widerstehe.

Man werde sich nur recht klar, um was es sich hier handelt. Es handelt sich nicht darum, daß der Stand der großen Grundbesitzer ein Opfer für's Wohl des Vaterlandes zu bringen habe; dazu wird und muß er stets mit Freuden bereit sein; es handelt sich hier darum, die alles Recht vernichtenden Grundsätze des Communismus zu legalisiren!

Amtliche Nachrichten.

Wir **Friedrich Wilhelm,** von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. rc.

verordnen unter Zustimmung der Kammern, was folgt:

Wer eine Person des Soldatenstandes, es sei der Linie oder Landwehr, dazu auffordert oder anreizt, dem Befehle des Oberen nicht Gehorsam zu leisten, wer insbesondere eine Person, welche zum Beurlaubtenstande gehört, dazu auffordert oder anreizt, der Einberufungs-Ordre nicht zu folgen, wird mit Gefängniß von sechs Wochen bis zu zwei Jahren bestraft.

Diese Bestimmung findet Anwendung, die Aufforderung oder Anreizung mag durch Wort oder Schrift oder durch irgend ein anderes Mittel geschehen, sie mag von Erfolg gewesen sein oder nicht. Vereinigt die Aufforderung oder Anreizung die Merkmale einer Handlung in sich, welche die Gesetze mit schwererer Strafe bedrohen, so wird diese allein verhängt.

Dieses Gesetz tritt in die Stelle der gleichnamigen Verordnung vom 23. Mai 1849.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Sanssouci, den 19. November 1849.

(L. S.) (gez.) **Friedrich Wilhelm.**

(gegengez.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Manteuffel. von Strotha. von der Heydt. von Rabe. Simons. von Schleinitz.

Justiz-Ministerium.

Den Rechts-Anwälten und Notarien im Departement des Appellationsgerichts zu Münster ist die Verlegung ihres Wohnsitzes und zwar dem rc. Zum Busch von Lüdinghausen nach Recklinghausen, dem rc. Meyenberg von Rheine nach Steinfurt, dem rc. Schmitz von Horstmar nach Steinfurt und dem rc. Wiedemhöver von Ahlen nach Warendorf, so wie dem Rechts-Anwalt Ellerbeck zu Vreden die Verlegung seines Wohnsitzes nach Ahaus gestattet worden.

Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Dem Grubenbesitzer Karl Andreas Felix Rochaz auf der Zinkhütte bei Mühlheim an der Ruhr ist unter dem 17. November 1849 ein Patent

auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Einrichtung eines Schachtofens zur Behandlung der Zinkerze, so weit dieselbe für neu und eigenthümlich anerkannt ist,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Abgereist: Se. Durchlaucht der Fürst Alexander zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, nach Braunschweig.

Se. Excellenz der General der Cavallerie und Ober-Befehlshaber der Truppen in den Marken, von Wrangel, nach Frankfurt a. d. O.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Major von Veltheim zu Schönfließ eine Belohnung von Einhundert Thalern Demjenigen ausgesetzt hat, der den Thäter des am 12. Oktober d. J. an dem Revierjäger Oertel in der Stolper Haide verübten Mordes dergestalt bezeichnet, daß er zur Untersuchung gezogen werden kann.

Berlin, den 20. November 1849.

Königl. Kreisgericht I. Abtheilung.
Der Untersuchungs-Richter.
Dr. Louis.

Das Wahlgesetz

für das neue deutsche Reich soll fertig sein, und wir müssen uns daher allmälig mit dem Gedanken vertraut machen, die Stadt Erfurt, wenn auch nur vorübergehend, als den Mittelpunkt von Deutschland zu betrachten. Freilich ist jetzt selbst das Organ der politischen Weißbiertrinker zu der Erkenntniß gelangt, daß die deutsche Frage eine wesentlich österreichisch-preußische sei, und Oesterreicher werden schwerlich in Erfurt tagen; indeß die Demokratie hat ein wohlerworbenes Recht, die Verhandlungen aus der Paulskirche fortzuspinnen, und es ist nicht mehr als billig, denjenigen, welche in der letzten Zeit so viel verloren, wenigstens einigen Ersatz zu gewähren. Nicht, daß wir meinten, als sei es nur die Demokratie, welche den Reichstag in Erfurt begehrte, nein: wir zählen selbst in den Reihen unserer Freunde nicht Wenige, welche von einem solchen Experimente etwas hoffen, sei es auch nur die Enttäuschung des deutschen Volkes, und welche die Regierung durch ihr Versprechen gebunden glauben, das Unmögliche mindestens zu versuchen. Gewiß aber wird nach den bisherigen Erfahrungen die Demokratie bei diesem Versuche einen Treffer ziehen, für sie ist das sachliche Resultat gleichgültiger, da ihr die Aufregung allein schon Resultat genug ist. Sonst wird Preußen schwerlich hoffen, daß die größeren deutschen Regierungen mit Aufrichtigkeit zu dem Drei-Königs-Bündnisse zurückkehren könnten, und die kleineren Staaten, welche auf der einen Seite ihre Hülfslosigkeit und die Furcht vor ihren getreuen Unterthanen zu Preußen hintreibt, werden auf der andern Seite sich des Mißtrauens nicht erwehren können, nicht mit Preußen verbunden, sondern darin „aufgegangen" zu werden. Es müßte uns Alles täuschen, oder diese Besorgniß hat schon unsere besten Freunde erkältet und dieselben innerlich mehr als je zu Oesterreich hingetrieben. Nichtsdestoweniger wollen wir Niemandem den Rath ertheilen, sich der Wahlen zu dem Reichstage zu enthalten; unsere Aufgabe ist es, dem, was wir hier schreiben, wo möglich auch bei den Vertretern des Drei-Königs-Bundes Anerkennung zu verschaffen.

Deutschland.

Kammerbericht.

Erste Kammer.

Schluß der 70. Sitzung vom 21. November.

Nachdem sämmtliche Amendements zu den Artikeln über die Zusammensetzung der ersten Kammer Unterstützung gefunden, melden sich die Abgeordneten weit zahlreicher als je zum Wort.

Der Abg. v. Witzleben hat sich in dem Central-Ausschuß in Bezug auf die Bildung der ersten Kammer für das System einer gemischten Erblichkeits-, Korporations- und Wahl-Kammer ausgesprochen und vertheidigt nunmehr seine Ansicht vor der Versammlung. Zwei gleichmäßig aus Wahlen hervorgegangene Kammern sind nichts Anderes, als eine Kammer; eine Zusammensetzung der ersten Kammer nach diesem System sei besonders dann am Platze, wenn beide Kammern in gewissen Angelegenheiten, wie z. B. in Finanzfragen, nicht gleiche Berechtigung haben. Der Redner spricht sich für die Nothwendigkeit aus, daß eine erbliche Pairie in der Kammer als solche vertreten sei und entkräftet alle Einwände, welche wider die erbliche Pairie selber und ihre Vertretung in der Kammer erhoben worden sind. Man hat gesagt, der große Grundbesitz habe sich zurückgezogen und sei nicht vorgeschritten in der constitutionellen Bildung der Neuzeit, aber ich frage, seit wie lange steht denn eine Constitution, und wenn es darauf ankommt, ob der große Grundbesitz sich nicht betheiligt habe an dem Geschicke des Vaterlandes, so kann man nicht anders, als bekennen, daß er sich nicht minder stark dabei betheiligt hat, als jeder andere Stand, daß er die größten Opfer gebracht hat. Man darf sagen, daß die Geburts-Aristokratie in der Kammer sitzt, obgleich sie Geburts-Aristokratie ist, aber man sage nicht, sie sitzt in der Kammer, weil sie Geburts-Aristokratie ist; die Gesetzgebung hat ihr Alles genommen außer dem Namen, aber auch diesen in der Gesetzgebung ableugnen wollen, ist eine Unmöglichkeit. Die Aristokratie, meine Herren, läßt sich nicht wegdekretiren: an den Stufen des Schaffots der einen Aristokratie wächst schon eine andere auf, und wahrlich keine bessere: hinter der Geburts-Aristokratie kommt die Geld-Aristokratie.

Abg. Scheller hält den vorliegenden Abschnitt für den wichtigsten in der Verfassung. Außer dem Text der Verfassungs-Urkunde, dem Beschluß der zweiten Kammer und dem Vorschlage des Central-Ausschusses liegen uns noch besondere Vorschläge vor, die man unter einige Gesichtspunkte zu stellen hat, um zu ihrer Verständniß zu gelangen. Die beiden wichtigsten Gesichtspunkte sind: 1) die erste Kammer muß conservativ, vorsichtig zurückweichend, die 2te Kammer aber liberal, kühn vorschreitend und 2) beide Kammern müssen so zusammengesetzt sein, daß sie das Vertrauen des Landes haben. Für die Zusammensetzung der ersten Kammer hat man 4 Systeme aufgestellt: 1) das der Pairie, 2) der Corporation oder, wie man es genannt hat, der Interessen, 3) der Personen-Wahl und 4) ein aus diesen dreien zusammengesetztes. Was nun das System der Pairie anbetrifft, so hat man am andern Orte ausgerechnet, daß es im Staate 490 Personen gebe, welche aus ihrem Grundbesitz eine Einnahme von mehr als 8000 Thalern haben, ich aber muß fragen, meint man damit Brutto- oder Netto-Einnahme, d. h. hat man in Abzug gebracht, was für die Schulden verausgabt wird; denn man kann leicht 8000 Thaler Einnahme haben und doch betteln gehen! Auf die englische Pairie kann man sich hier nicht berufen, denn sie beruht auf der Sitte, aber nicht bei uns, und Sitte läßt sich durch Gesetz nicht schaffen. Aus einer Randglosse des großen Kurfürsten und einem Dekret Königs Friedrich Wilhelms I. will der Redner den Schluß ziehen, daß sich der große Grundbesitz stets vaterlandsfeindlich bewiesen habe. Diese Ansicht habe sich immer mehr geltend gemacht und sei jetzt im Ganzen wohl die allein geltende. Man verlangt, daß die mediatisirten Fürsten ein Recht hätten, als solche in der Kammer zu sitzen, aber ich kann aus den Wiener Congreß-Akten solche Berechtigung für jene nicht finden. Man verlangt für die hohe Geistlichkeit Sitz in der Kammer, aber dann müßte man consequent auch die obersten Geistlichen einer jeden Confession, jeder Religionsgesellschaft, die jetzt besteht oder noch sich bilden wird, zulassen. Meine Herren, die Regierung will Deutschland um sich sammeln, Sie haben bereits Art. 105, 108 u. s. w. gebracht: bringen Sie jetzt noch die Pairie, so möchten Sie Deutschland mehr bieten, als es haben mag.

Das zweite System ist das der Korporations-Wahlen, und so lange unmöglich, als die Vertretung der Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden nicht geregelt ist. Die Universitäten werden durch Ihr Gesetz doch nicht mehr die Korporation werden, die sie in der Vorzeit waren, und man wird sie durch schwarze, rothe, blaue Talare schwerlich dazu machen. Mit dem Korporationssystem würde man auch eine Ungerechtigkeit begehen wider ländliche Gemeinden, die nicht selten einflußreicher sind, als die mittleren Städte. Man will das Korporationssystem rechtfertigen, indem man den großen Grundbesitz als seine Grundlage aufstellt; aber macht denn der große Grundbesitz conservativ, zumal wenn, wie vielfach der Fall, derselbe mit Schulden überlastet ist? Wäre nun die Vertretung durch verschuldete große Grundbesitzer wohl eine wünschenswerthe?

Indem sich der Redner zum letzten System wendet, erklärt er von vorn herein, daß die erste Kammer nicht ein Abdruck der zweiten sein darf, daß sie vielmehr ihre ureigene Zusammensetzung haben muß, und erklärt sich zum Schluß für das Amendement des Abgeordneten Kisker (direkte Wahl der Mitglieder bei 1000 Thlr. jährlicher Einnahme), weil es sich bereits bewährt habe, während alle andern bloße Phantasien sind, die sich erst zu bewähren haben.

Der Abg. Scheller hat in seinem Vortrage ein Mitglied der Kammer, der rheinischen autonomischen Ritterschaft angehörend, in Verbindung gebracht mit einem übel berüchtigten Orte in Berlin, mit der Königsmauer. Der Präsident von Auerswald meint in Bezug darauf, daß er, als die Worte gesprochen, sie für unverfänglich gehalten habe; daß er aber jetzt, nachdem er aufmerksam gemacht worden sei, zu erklären sich verpflichtet halte, wie der Abgeordnete Scheller eine Beleidigung gewiß nicht habe ausstoßen wollen, da dies sich nicht mit der Würde der Kammer überhaupt und mit der vorliegenden hochwichtigen Verhandlung vertragen würde.

Der Abg. Scheller behauptet, er habe eine Beleidigung nicht aussprechen wollen, habe aber, um einen Satz zu beweisen, keinen andern Beleg, als das Gesagte, beizubringen vermocht.

Der Präsident erklärt mit Ernst, daß die Würde der Kammer heische, diese Angelegenheit als erledigt anzusehen.

Der Abg. Kisker vertheidigt sein Amendement, weil von demselben mit Recht angenommen werden dürfe, daß es eine conservative Kammer herbeiführen werde. Was die Zahl der Abgeordneten anbetrifft, so kann man füglich die Verordnung vom 6. Dezember vor. J. gelten lassen, und die Wählerzahl wäre nicht schwer zu ermitteln, wenn man die vom Finanzministerium Behufs der Einkommensteuer aufgestellten Listen zu Rathe zöge; es würde darnach 1 Abgeordneter auf 1200 Wähler kommen. Der Abgeordnete nimmt das Wahlgesetz vom 6. Dezember vor. J. in Schutz gegen den Haupteinwand, den man gegen dasselbe erhoben, die starke Wahl von Beamten; er meint, diese Erscheinung habe nicht ihren Grund im Wahl-Gesetz, sondern in den damaligen Umständen; die Beamten haben sich nicht zur Wahl gedrängt, sondern sie sind gesucht worden. Schließlich ergeht sich der Redner in einer Kritik der übrigen Amendements, verwirft sie alle und empfiehlt das seinige der Annahme.

Der vorgerückten Zeit wegen schließt der Präsident die Sitzung nach 3 Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr.

Zweite Kammer.

Berlin, den 22. Schluß der Sitzung vom 21.

Auf der Tagesordnung steht zuerst der Bericht der Justizkommission über den der Kammer vorgelegten Gesetzes-Entwurf, betreffend die Abänderung des §. 44 des Westpreußischen Provinzialrechts.

Der Gesetzes-Vorschlag lautet:

Die Schlußbestimmung im §. 44 des Westpreußischen Provinzial-Rechts findet keine Anwendung, wenn die Befreiung eines auf Zeit verpachteten Kirchen- oder Pfarrgrundstücks von der Deichlast auf einem speciellen Rechtstitel beruht. In diesem Falle ist lediglich nach dem Inhalte und der Beschaffenheit jenes Titels zu beurtheilen, ob die Befreiung und der dadurch begründete Anspruch auf Entschädigung (§. 17 des Gesetzes über das Deichwesen vom 28. Januar 1848) nicht blos den Fall der Selbstbewirthschaftung, sondern auch der Nutzung durch Zeitpacht in sich habe.

(Die in Bezug genommenen §§ des Westpr. Provinzialrechts lauten:

§. 43. Von der Deichlast sind Kirchen- und Pfarrgüter, soweit sie durch die Deiche geschützt werden, in der Regel nicht befreit.

§. 44. Werden Kirchen- und Pfarrgrundstücke, welchen eine Befreiung von der Deichlast ausnahmsweise zusteht, in Erbpacht oder Erbzins ausgethan, so hört diese Befreiung für den Besitzer auf. Auch Zeitpächter von Kirchen- und Pfarrgrundstücken haben auf diese Befreiung keinen Anspruch.)

Gegen die Schlußbestimmung dieses §. 44 hat der Bischof von Ermeland in einer unterm 3. März 1845 von Frauenburg aus an des Königs Majestät gerichteten Bittschrift Reklamation erhoben und beantragt, daß dieselbe dahin modificirt werden möge, daß den Pfarrern die Befreiung von den Deichlasten rücksichtlich ihrer Dienstländereien auch für den Fall verbleiben solle, wenn sie solche durch Zeitpächter bewirthschaften lassen. Der Bischof beruft sich dabei auf viele Urkunden, durch welche die Befreiung der Kirchen- und Pfarrgrundstücke in dem großen Marienburger Werder von der Deichlast ausgesprochen sein soll. Dabei führt der Bittsteller aus, daß den Pfarrern diese Befreiung ihrer Grundstücke von der Deichlast durch die Schlußbestimmung des §. 44 entzogen und ihnen also eine empfindliche Schmälerung ihres Diensteinkommens zugefügt werde, indem die Zeitpächter, seitdem jene Bestimmung in das Gesetz aufgenommen worden, den jährlichen Pachtzins um den Betrag herabdrücken, zu dessen Höhe die Deichlast jährlich zu veranschlagen sei.

Die Mehrheit der Justiz-Commission hat nun geglaubt, daß, wenn die Regierungs-Vorlage zum Gesetz erhoben würde, alsdann die Befreiung jedes Zeitpächters eines Kirchen- oder Pfarrgrundstückes von der Deichlast überall da eintreten werde, wo die Befreiung des Grundstücks selbst als auf einem speciellen Rechtstitel beruhend dargethan werde, daß also in dem Falle eines Rechtsstreites über die Heranziehung des Zeitpächters zur Deichlast diesem ein anderer Beweis durch den Richter nicht abgefordert werden dürfe, als der, daß das von ihm erpachtete Kirchen- oder Pfarrgrundstück vermöge eines speziellen Rechtstitels überhaupt von der dinglichen Last der Leistung von Geldbeiträgen und Hand- und Spanndiensten zur Unterhaltung der Stromdeiche befreit sei. Die Minderzahl der Kommission ging dagegen von der Ansicht aus, daß, da durch den Schlußsatz des §. 44 dem Zeitpächter jede Beweisführung abgeschnitten sei, daß überhaupt eine Befreiung selbst, auf der besten Begründung beruhend, vorhanden sei, die Königliche Regierung nur die Absicht gehabt habe, dies Hinderniß wieder zu beseitigen und dem Pächter wieder eine Möglichkeit zu eröffnen, durch jene Beweisführung die Befreiung von der Deichlast zu erlangen.

Die Commission hat sich deshalb mit 6 gegen 5 Stimmen für folgende Fassung des Schlußsatzes des §. 44. entschieden: „Auch Zeitpächter von Kirchen- und Pfarrgrundstücken haben auf diese Befreiung keinen Anspruch," wird hierdurch aufgehoben.

Abg. Plehn spricht darauf gegen den Commissions-Antrag und für nochmalige Ueberweisung an die Justizkommission.

Der Regier.-Commissarius, Geh. Justiz-Rath Bischof für die Regierungsvorlagen. Die Differenz zwischen dem Regierungsentwurf und dem der Commission bestehe im Grunde nur darin, daß, während jene milder, diese dagegen absoluter procediren wolle. Die Geistlichen seien gegen den §. 44. besonders deshalb, weil er ihnen die gerichtliche Procedur abschneide. Die Regierung habe nur deshalb und wegen der Unsicherheit des preußischen Provinzialrechts, über dessen Umfang sowohl Verwaltungs- als gerichtliche Behörden zweifelhaft seien, auf den früheren Zustand zurückkommen müssen.

Nachdem darauf noch die Abg. Toobe und Osterrath für und die Abg. Reuter (Tilsit), v. Patow und Simson kurz gegen den Commissionsantrag und für den Regierungs-Entwurf gesprochen, wird der letztere von der Kammer mit großer Mehrheit angenommen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist folgender Antrag des Abg. Robe:

§. 1. Nutzungen und Lasten der Gerichtsbarkeit in den Städten, welche sie bisher noch zu beziehen und zu tragen gehabt, gehen mit dem Tage der Publikation dieses Gesetzes nach Maßgabe des §. 2. der die neue Justiz-Organisation betreffenden provisorischen Verordnung vom 2. Januar 1849 vollständig auf den Staat über.

§. 2. Ueber die Fortbenutzung der im Eigenthume der Stadtkämmereien befindlichen Gerichts-Utensilien, Gerichts- und Gefängniß-Gebäude Seitens des Staats ist §. 3. der angezogenen Verordnung vom 2. Jan. d. J. maßgebend.

Die Justiz-Commission schlägt dagegen vor, in Betracht, daß die Erwägung dieses Gegenstandes der bevorstehenden generellen Revision der Verordnung vom 2. Januar d. J. durch die Kammern vorbehalten bleiben muß, über den Antrag des Abgeordneten Robe zur motivirten Tagesordnung überzugehen.

Der Justiz-Minister erklärt sich mit dem Commissionsantrag vollkommen einverstanden. Die Summe, um die es sich hier handle, belaufe sich auf über 200,000 Thlr. Er sei mit dem Finanzminister bereits wegen dieser Angelegenheit in Correspondenz getreten, und werde seiner Zeit das Nähere mitgetheilt werden.

Abg. Berndt (für den Antrag Robe). Das Prinzip des §. 1. sei als solches schon im Art. 40. der Verfassung gegeben; die Anwendung desselben auch bereits auf die Patrimonialgerichtsbarkeit im Wege der provisorischen Gesetzgebung eingetreten. Die Gerechtigkeit erfordere, daß sie auch hinsichtlich der städtischen Gerichtsbarkeit nicht länger ausgeschlossen bleibe.

Abg. Müller (Siegen) gegen den Antrag. Die Frage berühre die Finanzen mehr als die Justiz. Daß die Städte von diesen Lasten entbunden werden müßten, wäre gewiß, könne aber nicht eher geschehen, bis andere Quellen aufgefunden seien, aus denen eine so bedeutende Summe, um welche es sich hier handle, geschöpft werden könne. Der Uebelstand gehöre zu denen, die erst nach und nach ihre Erledigung finden könnten.

Nachdem nun noch die Abg. v. Klützow und Robe für den Antrag gesprochen, auch der Justizminister nochmals kurz das Wort ergriffen, wird der Antrag des Abg. Robe mit großer Mehrheit verworfen.

Der dritte Gegenstand der Tagesordnung ist der Commissions-Bericht über den Antrag des Abg Urlichs, eine Aenderung der Geschäftsordnung betreffend. Diese bestimmt im §. 15, daß die eingehenden Gesetzes-Vorlagen und Anträge der Regel nach an eine Kommission zu verweisen; daß für die den Abtheilungen verbleibenden Berathungs-Gegenstände ein Berichterstatter für den Central-Ausschuß von diesem zu erwählen. Der Antrag des Abgeordneten Urlichs und Genossen bezweckt außer Anderem eine Abänderung insbesondere dieser Bestimmungen.

Sowohl gegen diese, als auch gegen die ferner beantragte Aenderung des §. 16, nach welcher statt eines Berichterstatters künftig deren zwei von den Abtheilungen für den Centralausschuß gewählt werden sollen, glaubt die Kommission sich erklären zu müssen.

Nach kurzer Debatte, an der sich die Abg. Urlichs und v. Auerswald betheiligen, wird der Antrag verworfen.

Schluß der Sitzung 3¼ Uhr. — Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr.

Tages-Ordnung: Bericht der Agrar-Kommission über den Entwurf des Gesetzes, betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse für den ganzen Umfang der Monarchie mit Ausnahme der auf dem linken Rhein-Ufer belegenen Landestheile.

□ **Berlin,** den 22. November. Von den hiesigen Besitzern der Rheinischen Eisenbahn-Actien ist eine Petition an die Finanz-Commissionen der Kammern eingereicht worden, in welcher Beschwerde über die Seitens des Staats auf die Düsseldorf-Achener Eisenbahn zu leistende Zinsgarantie geführt wird. Die Actionaire beabsichtigen, sämmtlichen Kammermitgliedern eine ausführliche Denkschrift mitzutheilen, worin die Nutzlosigkeit dieser Concurrenzbahn und das Unrecht ihrer Bevorzugung gegen die mit großen Opfern erbaute Köln-Aachener Bahn dargethan wird.

Die Commission der ersten Kammer, welche mit den Gesetzentwürfen wegen des Schutzes der persönlichen Freiheit und wegen der Stellung unter Polizei-Aufsicht beschäftigt ist, beantragt in dem Regierungsentwurf mehrere Abänderungen, wodurch die Befugniß der Wachtmannschaften zu Haftnahmen und die Befugniß der Sicherheitsbehörden zum Eindringen in die Wohnungen zur Nachtzeit beschränkt werden soll.

In der Sitzung der Commission zur Prüfung des Staatshaushalts vom 7. Nov. wurden die Verhältnisse der Bank berathen. Die Commission stellt der Staatsregierung anheim, von dem Chef der Bank die bisher geleistete Miethsentschädigung zu reclamiren, da demselben eine Dienstwohnung, aber keine Mieths-Entschädigung zusteht. Es wurde ferner darauf aufmerksam gemacht, daß die Vortheile, welche die Staatskasse mit ihren 165,000 Thlrn. Gewinn-Antheil aus der Bank beziehe, nicht im richtigen Verhältnisse zu ihren Verpflichtungen stehen, welche aus der übernommenen Staatsgarantie hervorgehen, da namentlich die Bank nur verbunden sei, ein Drittheil des Werthes von den umlaufenden Banknoten zur Realisirung in Vorrath zu halten, und in Fällen politischer Krisis die Staatskasse daher sehr leicht mit sehr erheblichen Summen in Anspruch genommen werden könnte.

Die Const. Corresp. meldet: Dem Vernehmen nach tritt jetzt eine Commission unter dem Vorsitz des Prinzen von Preußen zusammen mit der Aufgabe: über eine neue Armee-Eintheilung und über Vorschläge zur Reorganisation der Landwehr zu berathen. An der Commission werden außer dem Kriegsminister die Generale v. Wrangel, v. d. Gröben, v. Prittwitz und der Oberst v. Griesheim Theil nehmen.

Dasselbe Blatt erklärt das in der Stadt verbreitete Gerücht, als seien viele hohe Offiziere um ihre Entlassung eingekommen, für durchaus grundlos.

In dem großen Betrugs-Prozesse gegen v. Werder-Schöndörffer, Löwinsohn und Genossen, dessen Entscheidung bekanntlich ausgesetzt wurde, ist jetzt ein Termin zur Eröffnung des Erkenntnisses auf den 26. d. M. im Kriminalgerichts-Gebäude anberaumt.

Das Institut der Schutzmannschaft, das nur provisorisch bestand, ist nunmehr definitiv anerkannt, und es ist für dasselbe eine jährliche Summe von 406,000 Thlr. bewilligt.

Berlin, den 21. November. Se. Majestät der König haben den nachstehend verzeichneten Personen die Erlaubniß zur Anlegung der von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzoge von Baden denselben verliehenen Orden und Ehrenzeichen Allergnädigst zu ertheilen geruht.

Es haben erhalten: I. Den Orden vom Zähringer Löwen erster Klasse: die General-Majors v. Riesewand und v. Webern. — II. Den Orden vom Zähringer Löwen zweiter Klasse mit dem Stern: der General-Major v. Münchow und der Oberst Graf v. Schlieffen. — III. Den Orden vom Zähringer Löwen zweiter Klasse mit Eichenlaub: die Obersten von der Chevallerie, Baron v. Schleinitz, v. Giese, v. Kusserow, v. Remmel und v. Brauchitsch. — IV. Den Karl-Friedrichs-Orden dritter Klasse: die Oberst-Lieutenants v. Horn, Commandeur des 25. Infanterie-Regiments, Heuseler, Commandeur des 24. Infanterie-Regiments, und Nolte, Commandeur des 17. Infanterie-Regiments; die Majors v. Scholten, von der 8. Artillerie-Brigade, Erich vom Generalstabe, Quednow, aggregirt dem Kriegs-Ministerium, und v. Boddien, Flügel-Adjutant; die Rittmeister v. Wachowsky, vom 9. Husaren-Regiment, und Graf zu Solms-Laubach vom 8. Ulanen-Regiment; der Hauptmann Werner von der 8. Artillerie-Brigade, der Premier-Lieutenant von Reichenbach vom 16ten Infanterie-Regiment, der Seconde-Lieutenant von Lepell vom 20sten Infanterie-Regiment, V. Den Orden vom Zähringer Löwen zweiter Klasse: der Major v. Borcke vom Generalstabe, der Oberst-Lieutenant Schmidt vom 20. Infant.-Regt., die Majors v. Brause vom 24., v. d. Lippe vom 25., Scherbening und v. Seckendorff vom 26., v. Bialke und v. Sellentin vom 27., v. Plehwe vom 28. und v. Frobel vom 30. Inf.-Regt.; ferner: die Majors v. d. Mülbe, 2ter Commandeur des 2. Bataillons (Magdeburg) 2. Garde-Landwehr-Regts., v. Thiesenhausen, 2. Commandeur des 3. Bataillons (Düsseldorf) 4. Garde-Landwehr-Regts., v. Bornstedt, Commandeur des 2. Bataillons (Iserlohn) 16. Landwehr-Regts., v. Alvensleben, Commandeur des 2. Bataillons (Halle) 27. Landwehr-Regts., v. Weltzien, Commandeur des 2. Bataillons (Mühlhausen) 31. Landwehr-Regts., May, Commandeur des 3. Bataillons (Sangerhausen) 31. Landwehr-Regts., Fließ von der 5. Artillerie-Brigade, v. Stößel vom 38. Infanterie-Regt. (6. Reserve-Regt.), und Hindersin vom Generalstabe. — VI. Den Orden vom Zähringer Löwen dritter Klasse mit Eichenlaub: der Hauptmann Hartmann vom Generalstabe, die Premier-Lieutenants Graf v. d. Gröben von der Adjutantur und v. Rantzau vom 5. Ulanen-Regt., der Seconde-Lieutenant Graf v. Schmettau vom 4. Kürassier-Regt., der Intendantur-Assessor Köllner der Intendantur des 8. Armee-Corps, der Divisions-Auditeur Heymann vom Garde-Corps, der Bataillons-Arzt Dr. Hammer vom 3. Bataillon (Aschersleben) 27. Landwehr-Regiments, der Stabs-Arzt Dr. Westphal des Friedrich-Wilhelms-Instituts. — VII. Den Orden vom Zähringer Löwen dritter Klasse: die Premier-Lieutenants v. Heinemann vom 26. Infanterie-Regiment, Beyer vom 19. Infanterie-Regiment und v. Witzendorff I. vom 8. Ulanen-Regiment; der Seconde-Lieutenant Krokisius vom 6. Ulanen-Regiment; die Premier-Lieutenants v. Lindern vom 11. Husaren-Regiment, v. Sperling vom 29. Infanterie-Regiment und v. Glümer vom 26. Infanterie-Regiment; der Hauptmann v. Montart, der Premier-Lieutenant Graff vom 17. Infanterie-Regiment; die Seconde-Lieutenants v. Schlieben II. und v. Minkwitz vom 20. Infanterie-Regiment; die Hauptleute v. Plessen und Malotki v. Trzebiatowski; die Seconde-Lieutenants v. Neander, v. Papstein und v. Stosch vom 24. Infanterie-Regiment; der Premier-Lieutenant Kellermeister von der Lund, die Seconde-Lieutenants Hartmann, Grote, v. Kornatzki und v. Brockhausen vom 25. Infanterie-Regiment; die Hauptleute v. Obernitz und v. Schmettau, die Seconde-Lieutenants v. Fischer-Treuenfeld vom 26. Infanterie-Regiment und v. Michalowski vom 27. Infanterie-Regiment; die Hauptleute v. Hertzberg, Freiherr von der Goltz und v. Zschüschen, die Premier-Lieutenants v. Vernegoul und v. Münchhausen, der Seconde-Lieut. Berthold vom 28. Infanterie-Regiment; der Hauptmann v. Wyszecki, der Premier-Lieutenant v. Funck, die Seconde-Lieutenants v. Bötticher und v. Ising vom 29. Infanterie-Regiment; der Hauptmann Olllech, die Seconde-Lieutenants Strubberg, Lietzmann und Igel vom 30. Infanterie-Regiment; der Hauptmann v. Gotsch, die Seconde-Lieutenants v. Münchhausen, v. Sperling II., v. Reuß II. vom 31. Infanterie-Regiment, v. Schweinitz vom 38. Infanterie-Regiment (6. Reserve-Regiment); der Premier-Lieutenant von der Oelsnitz vom 40. Infanterie-Regiment (8. Reserve-Regiment); der Hauptmann von dem Knesebeck vom 1. Bataillon (Berlin) 2. Garde-Landwehr-Regiments; der Seconde-Lieutenant v. Schlegell vom Garde-Reserve-Infanterie (Landwehr-) Regiment: die Premier-Lieutenants v. Neumann vom 1. Garde-Regiment zu Fuß und v. Gaudy vom Kaiser Franz Grenadier-Regiment, der Seconde-Lieutenant v. Brüning vom 3. Bataillon (Warendorf) 13. Landwehr-Regiments; der Hauptmann Krüger, der Seconde-Lieutenant Seeliger vom 2. Bataillon (Iserlohn) 16. Landwehr-Regiments; der Premier-Lieutenant v. Westernhagen vom 27. Infanterie-Regiment; die Seconde-Lieutenants Schröder vom 3. Bataillon (Aschersleben) 27. Landwehr-Regiments und Fischer vom 3. Bataillon (Sangerhausen) 31. Landwehr-Regiments; der Hauptmann v. Oppell, der Seconde-Lieutenant v. Weller vom 5. Jäger-Bataillon; der Premier-Lieutenant v. Gayette, die Seconde-Lieutenants Sirt von Arnim vom 8. Jäger-Bataillon, Krug von Nidda und v. Heiduck vom 9. Husaren-Regiment; die Rittmeister v. Hobe vom 12. Husaren-Regiment, v. Götze, der Seconde-Lieutenant v. Luck vom 6. Ulanen-Regiment, der Rittmeister von der Lancken vom 7. Ulanen-Regiment; der Premier-Lieutenant von der Osten, der Seconde-Lieutenant v. Guen vom 8. Ulanen-Regiment; die Hauptleute Isenburg von der 4. und Lengsfeld von der 8., der Premier-Lieutenant v. Meyen von der 8., der Seconde-Lieutenant v. Schell von der 3. Artillerie-Brigade; die Haupt-

leute v. Voigt von der 8. Pionier-Abtheilung, Kruse, der Premier-Lieutenant v. Hüllesheim I., die Seconde-Lieutenants v. Zglinitzki und v. Pannewitz vom 38. Infanterie-Regiment (6. Reserve-Regt.); der Intendantur-Secretair Metzger, der Intendantur-Rath Leske von der Intendantur des 8. Armee-Corps, der Regierungs-Rath Delius, der Regiments-Arzt Dr. Geisler vom 4. Kürassier-Regiment, die Bataillons-Aerzte Dr. Lemke vom 26. und Reuter vom 24., der Assistenz-Arzt Bornemann vom 29. Infanterie-Regiment. — VIII. Das Commandeur-Kreuz mit Stern und Eichenlaub des Ordens vom Zähringer Löwen: der Legationsrath und Kammerhr. v. Savigny. — IX. Das Ritterkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen: der Gesandtschafts-Attaché Eichmann, der Feldjäger Delbrück. — X. Die silberne Militair-Verdienst-Medaille: die Prinzlichen Leib-Reitknechte Halbmeier und Schleif.

R* Berlin, 21. November. [Zum Staatshaushalt.] Die „politische Kurzsichtigkeit", welche der Central-Ausschuß für Revision des Staatshaushalts-Etats geeignet entschuldige die „Undelicatesse" desselben, sagte neulich Ihr Blatt. Politische Kurzsichtigkeit und Undelicatesse scheinen freilich in dem Central-Ausschuß sich die Hand zu geben, in einer Weise, die es schwer macht, zu entscheiden, welche dieser Eigenschaften die hauptsächlichste Rolle spielt. Ist die Kurzsichtigkeit größer oder die Undelicatesse, wenn alle Ausgaben, die auf die persönliche Regierung Sr. Maj. des Königs sich beziehen, Civil-Cabinet, Ordens-Commission u. s. w., ängstlich untersucht und bemäkelt werden, und endlich mit einem Achselzucken das „Visa" der Deputation des souverainen Volkes erhalten? Hat ein Mitglied der Commission sich wohl klar gemacht, welchen Eindruck es auf die Zweifelhaften und Unselbstständigen macht, wenn die zum persönlichen Dienst des Königs, zur Vermittelung seiner persönlichen Einwirkung auf die Regierung nothwendigen Ausgaben bekrittelt werden, wie ein Gaul auf dem Roßmarkt? Heißt das, die erhabene Stellung der Krone im constitutionellen System, von der die „Aechten" so viel Wesens machen, wahren und achten?

§. Berlin, 22. Nov. (Cöln-Aachener und Aachen-Düsseldorfer Eisenbahn.) Gestern Abend fand in dem unteren Saale des Börsenhauses eine Versammlung von Actionären der rheinischen Eisenbahn statt. Von dem Vorsitzenden des Comité's zur Wahrung der Interessen derselben wurde zuerst über die General-Versammlung vom 31. Mai d. J. und über die Art und Weise, auf welche die Direction sich durch statutenwidrige Benutzung der Million in den Händen der belgischen Regierung befindlichen Actien eine Anzahl von etwa 1000 Stimmen und dadurch eine ungesetzliche Majorität verschafft hatte Bericht erstattet. Die zahlreich vertretenen hiesigen Actionäre hatten sich daher auf einen Protest gegen die Gültigkeit der dort gefaßten Beschlüsse und auf eine Beschwerde beim Ministerium des Handels beschränken müssen, auf welche zwar im Juni d. J. vom Herrn Minister v. d. Heydt der Bescheid erfolgt war, daß die Untersuchung gegen die Direction eingeleitet sei, doch hätte es bei dieser Mittheilung seither sein Bewenden gehabt, wahrscheinlich weil die belgische Regierung, auf die mehrmalige officielle Anfrage: ob sie noch in Besitze der Million Actien sei, keine Antwort ertheilt habe.

Sodann wurden vom Comité den zahlreich versammelten Actionairen die Schritte mitgetheilt, welche von demselben geschehen seien, um die Verwirklichung der durch Gesetzesvorlage an die Kammern vom Handelsministerium projectirten Staatsgarantie für die Aachen-Düsseldorfer Concurrenz-Bahn zu verhindern, die eine allgemeine Billigung fanden.

Unter den anwesenden Actionairen aller Stände gab sich übrigens eine allgemeine Entrüstung eben so sehr gegen das, dem Anscheine nach nur Privat-Interessen verfolgende, Verfahren der rheinischen Direction, als auch gegen die Unbilligkeit kund, eine ganz unnütze Concurrenzbahn mit der Staatsgarantie zum Nachtheile der so kostspieligen Hauptbahn zu bevorzugen, ehe für diese selbst Aehnliches erfolgt sei, und ziemlich häufig machte sich der constitutionelle Verdacht Luft, daß auch diese gegen die bekannte Gerechtigkeitsliebe unserer Regierung so arg verstoßende Gesetzesvorlage nicht füglich von dem Einflusse persönlicher Interessen frei geblieben sein könne.

Wir werden in diesen Tagen weiter darauf zurückkommen.

N. Breslau, 21. Nov. [Noch einmal zur Finanzlage der Stadt.] Die Finanz-Artikel in Ihrer Zeitung haben der hiesigen Communal-Verwaltung tief ins Fleisch geschnitten, und die erzwungene Abdankung des Stadtrathes Ludewig wird bei Weitem nicht seine letzte Wirkung sein.

Am 11. d. Mts. versammelten sich gegen 100 Personen zu einem Fest-Mahle, bei welchem Herrn Ludewig eine Dank-Adresse überreicht wurde, die 500 in der Schnelligkeit und privatim gesammelte Unterschriften zählt. In derselben wird ihm volle Anerkennung gezollt nicht nur für seine seit 20 Jahren zum Wohle der Stadt entwickelte, unablässige und erfolgreiche Wirksamkeit, sondern namentlich auch dafür, daß er „fast allein und vorzugsweise die Stadt vor einer Finanz-Speculation zu warnen sich bemüht, welche in den Augen aller besonnenen Mitbürger keine Billigung finden kann, weil sie das Vermögen unserer Institute voraussichtlich der höchsten Gefahr aussetzen würde."

Viel bedeutsamer als diese Demonstration selbst ist für seine Verfolger und den ganzen Stand der hiesigen Angelegenheiten der Umstand, daß die so ausgesprochene Gesinnung bei der gesammten Einwohnerschaft die ungetheilteste Zustimmung findet. Und nun hat noch zum Ueberfluß, wie Sie schon wissen, der Magistrat durch seine unüberlegte Anklage und den damit verbundenen leichtfertigen Rechtfertigungsversuch seiner eignen Handlungsweise Hrn. Ludewig genöthigt, mit seiner Erörterung der Breslauer Finanzverwaltung in die Oeffentlichkeit zu treten!

Wie schlecht begründet übrigens die Abläugnung der obwaltenden Verlegenheiten ist, geht am besten aus den weiteren Manipulationen hervor, zu denen sich die Communalverwaltung nach dem Scheitern jenes unseligen Planes gedrängt sieht. Schon seit Jahren hat sie sich an willkürliches Schalten mit den Capitalien der städtischen Stiftungen gewöhnt. Legate, auf welche die Gymnasialstellen zum Theil fundirt sind, wurden eingezogen und feste Gehalte an deren Stelle gesetzt; von andern Legaten wurden die Zinsen beliebig herabgesetzt, ohne daß den Betheiligten und Berechtigten die mindeste Rechenschaft über den Sachverhalt gelegt wurde. Den Kirchenkassen wurden die unsicheren und am Course beträchtlichen Verlust leidenden Stadt-Obligationen aufgedrungen. Jetzt, wo der Geldbedarf jedes andere Bedenken überwiegt, werden diese Obligationen zum Pari-Course zurückgenommen und durch Hypotheken aus dem städtischen Aerar ersetzt; den Verlust trägt die Commune. Von allen diesen Operationen wurde die beaufsichtigende Staatsbehörde, die Königl. Regierung, ohne Kenntniß gelassen. Erfolgen aber konnten sie, eben weil in den Curatorien der einzelnen Stiftungen allemal die Stimme des darin stets vertretenen Magistrats ein unvermeidliches Uebergewicht behauptet.

In diesem Augenblick werden aller Orten Demonstrationen gegen die neue Gemeindeordnung zu Gunsten der alten Städteordnung laut — Demonstrationen, die sämmtlich von den bei der Erhaltung dieser Städteordnung nächst betheiligten Persönlichkeiten und Corporationen ausgehen. Ist es nicht, bevor man denselben Gehör giebt, an der Zeit, endlich einmal eine, und zwar amtliche, Untersuchung anzustellen, „was denn nun eigentlich die Communen bei ihrer sogenannten Selbst-Verwaltung durch unverantwortliche, plenipotentiäre Vertreter gewonnen haben??"

† Bromberg, 20. Nov. [Provinzielles.] Glaubwürdigen Berichten zufolge, stößt in dem Kreise Mogilno die Eintreibung der Steuern auf Hindernisse, seit das Militär aus dem Kreise entfernt ist. Auch klagte man aus dem Inowraclawer Kreise in ähnlicher Weise seit dem Ausmarsche des dort stationirt gewesenen Commandos über eine außerordentliche Vermehrung der Diebstähle. Die Provinz ist augenblicklich so sehr von Militär entblößt, daß einzelne Kreise, z. B. der Czarnikauer, auch nicht ein einziges Truppen-Commando haben, andere dagegen, z. B. der Inowraclawer und Schubiner, nur in der Kreisstadt selbst einiges Militär stationirt sehen. — Auf dem Wege von Mogilno nach Vilatowo wurde am 12. Sept. der ehemalige Bürgermeister Geiling von einem jungen Menschen ermordet. Der Thäter ist nun ergriffen. — Die Cholera hat in einigen der Kreise des Bromberger Regierungsbezirks gegen 100, in einem sogar über 1000 Opfer gefordert. Sie ist jetzt jedoch bei der herannahenden Kälte fast ganz verschwunden. — Westlich des Städtchens Schocken hat eine Windhose den Postwagen bei dem Dorfe Alt-Laschun umgeworfen und in den Königl. Forsten großen Schaden angerichtet. Sie hat alsdann ihren Weg nach der poln. Grenze genommen, ohne jedoch ihre vorherige Kraft beizubehalten. — Die nördlichen Kreise unsres Departements sehen durch die Ostbahn ihren Handel in stetem Wachsen begriffen; Glashütten, Eisenhämmer und andre Fabriken blühen auf. Auch den sehr darniederliegenden Tuchfabriken unserer Kreise hilft die Regierung durch die Maßregel auf, daß sie durch dieselben Tuche für's Militär fertigen läßt.

0* Aus dem Pyritzer Kreise, 20. Nov. *) (Erntestand.) In Folge der diesjährigen, sowohl für alle Sommerfrüchte, als auch namentlich für die Kartoffeln sehr ungünstigen Witterung ist der Ertrag derselben ein quantitativ durchaus geringer, im Durchschnitt nur ungefähr 2 Wspl. à M. Mgn.; was die Qualität betrifft, so liefern die Kartoffeln zwar bis jetzt eine befriedigende Spiritus-Ausbeute, es finden sich aber, namentlich unter den nach dem 20. Mai ausgepflanzten, sehr viele, welche wegen der lange anhaltenden Dürre und einiger kalten Nächte im September weder gut noch zur vollkommenen Reife gekommen sind. Diese sind schon sehr bedeutend von der Fäulniß ergriffen, sowohl wo sie in Kellern aufbewahrt werden, als auch wo sie noch in Miethen auf dem Felde liegen, und müssen schon jetzt auf mehreren großen Gütern, wo man sie sonst theils gar nicht dazu verwendet, theils erst später im Winter, verfuttert werden, da das einmal in größerem Maaße eingetretene Faulen auch trotz der größten Mühe sehr schwer ganz gehoben werden kann. Die Wintersaaten stehen, Gott sei Dank — befriedigend, namentlich hat der hier gegen Ende des vorigen Monats gefallene Regen noch manche Pflanzen hervorgelockt; auch die Rapsfelder haben sich an manchen Orten, wo ihnen zu Anfang die große Dürre des Sommers noch nachtheilig war, erholt und stehen, wenn auch nicht üppig, doch ziemlich gut. Ueber den Körnerertrag läßt sich noch nichts Bestimmtes aussprechen, da mehrentheils im Großen noch nicht viel ausgedroschen worden ist. —

*) Vielen Dank! D. R.

D* Lübbecke, den 19. Nov. [Die Kreissynode.] Sie werden schon von den letzten Beschlüssen unserer Kreissynode wissen *). Sie hat sämmtliche Fragen in Erwägung gezogen, welche durch die Lage der Dinge zwischen Kirche und Staat ihr nahe gelegt waren und wir können den dringenden Wunsch nicht verhehlen, daß ähnliche Berathungen zu zahlreichen ähnlichen Resultaten in andern Kreisen führen möchten. Es ist eine feierliche Verwahrung gegen alle Beeinträchtigungen niedergelegt worden, welche aus den Abstimmungen der Kammern für die Würde und Gerechtsame der Kirche hervorgehen könnten, und diese Verwahrung ist vertrauensvoll zu Händen Sr. Maj. des Königs als des vornehmsten Gliedes u. Schutzherrn der Kirche gebracht, und die wohlbegründete Hoffnung ausgesprochen worden, daß des Königs Majestät keine Satzung sanctioniren werde, welche den Rechten der Kirche zu nahe trete. — Mögen auch die Erwartungen der Synode nicht vollständig in Erfüllung gehen, sie hat doch ihre Pflicht gewahrt und ein gutes Bekenntniß gethan, wie sie auch ein solches in der Predigt des Pf. Seippel vernahm, welche der Synodalversammlung vorherging. — Den Herren Stahl und v. Gerlach ist ein Dankschreiben zugefertigt um der erfreulichen Entschiedenheit willen, womit sie die Kirche und das Christenthum in den Kammern vertreten haben

*) Vgl. Nr. 170. D. R.

Wien, 19. Nov. Die vom Justizminister v. Schmerling vorgelegte umfassende provisorische Vorschrift über das Strafverfahren bei Bezirksgerichten, Collegialgerichten und Geschwornengerichten sowohl über Verbrechen als auch über Vergehen und Uebertretungen, ist dem Vernehmen nach vom Gesammtministerium bereits genehmigt worden.

Die Prager Sicherheitsbehörde hat bei einem dortigen Einwohner 990 Stück durch Umdruck verfälschte Banknoten zu 1 Fl. aufgefunden.

Aus Linz ist die Meldung eingetroffen, daß an mehrere dortige Privatpersonen mittelst Post Exemplare eines „Aufrufes der demokratischen Centralisation" eingelaufen waren. In der That scheint es, als habe diese ruhestörerische Partei neuerdings zu experimentiren begonnen, weshalb erhöhte Vorsicht sowohl im Interesse der Völker als der Regierungen geboten erscheint.

Die königl. ungarische Leibgarde ist definitiv aufgehoben.

— 20. Nov. Die Direction der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn macht heute bekannt, daß sie vom 1. Nov. d. J. an die 5procent. Einkommensteuer mit 3 Xr. pro Gulden an den Zinsen ihrer Anlehens-Obligationen in Abzug bringen werde.

Wien, den 20. November. Se. k. Hoheit, Erzherzog Ferdinand d'Este ist am 16. d. sammt Gefolge von Frohsdorf nach Italien abgereist.

Die hier versammelt gewesenen Länderchefs sind wieder auf ihre Posten in die verschiedenen Kronländer zurückgekehrt.

In dem Gebirgsbezirke von Kroatien nehmen wieder Räubereien überhand, seitdem die mobilen Nationalgarden aufgelöst und in die Heimat geschickt wurden.

Prag, 17. Nov. (Lloyd.) Schon glaubten wir uns von der Cholera befreit, als sie nun auf einmal mit größerer Heftigkeit als früher wieder auftritt. Die Zahl der täglichen Erkrankungen ist im steten Zunehmen begriffen und das Verhältniß derselben zu den Todesfällen ein minder günstiges, als bei ihrem ersten Erscheinen. In den Militair-Spitälern soll sie sich heftiger zeigen, namentlich unter den in einem entkräfteten Zustande ankommenden ungarischen Kriegsgefangenen. Auch aus der Umgegend Prags wird von einem starken Umsichgreifen der Cholera berichtet.

⁂ Stuttgart, den 19. Nov. [Der Stand der Dinge.] In der neulichen Versammlung des Volksvereins war die durch Königl. Verordnung veränderte Eidesformel für die Mitglieder der revidirenden Versammlung Gegenstand der Berathung. Ein Theil des Vereins war der Ansicht, die Abgeordneten sollten den Eid leisten unter besonderem Protest gegen das Verfahren des Ministeriums in dieser Sache, dann aber darauf hinarbeiten, nachträglich noch den ursprünglich im Gesetz enthaltenen Eid zur Geltung zu bringen. Ein anderer Theil war der Ansicht, die Abgeordneten sollten den Eid verweigern und dadurch den Zusammentritt der Versammlung unmöglich machen. Die erstere Ansicht drang durch, weil der oktroyirte Eid nichts enthalte, was nicht in dem gesetzlichen enthalten sei, und das darin Ausgelassene, die Reichsverfassung Betreffende noch später beschworen werden könne. Schließlich beschloß jedoch jene Versammlung, sich nicht über die Eidesleistung auszusprechen, sondern dies der Versammlung von Abgeordneten, welche in diesen Tagen hier über jene Frage in Berathung treten werde, zu überlassen. Dagegen aber erklärte der versammelte Volksverein feierlich und entschieden zu Protokoll, daß das Verfahren des gegenwärtigen Ministeriums in vorstehender Frage ein gänzlich verfassungswidriges sei. Der Haltung des hiesigen Volksvereins werden ohne Zweifel alle Volksvereine des Landes, wie eine Heerde dem Leithammel, nachfolgen. Es leidet kaum einen Zweifel, daß die „Volkspartei" bemüht ist, ihre politischen Freunde in dieser Versammlung zu bewegen, den Eid zu leisten, damit nur die Versammlung zusammentritt. Ist das erst geschehen, so wird man zur Anklage des gegenwärtigen Ministeriums und eben so gewiß zur Steuerverweigerung schreiten. Erfolgt dann die Auflösung der Kammer, woran unter jener Voraussetzung nicht gezweifelt werden kann, so haben unsere volksbeglückenden Demokraten erreicht, was sie vor Allem gegenwärtig beabsichtigen, d. h. sie haben Confusion in unsern Staatshaushalt geworfen, die Begriffsverwirrung gesteigert, einer größeren Verarmung Thür und Thor geöffnet und endlich die Staatsregierung in eine Lage versetzt, in welcher sie entweder zurücktreten oder zu Maßregeln greifen muß, welche eben so entschieden, wie sie gegen die demokratische Partei sein, auch dieser neuen Stoff zum Angriff gegen das Ministerium liefern werden. Daß die Staatsregierung, selbst ohne fremde Bayonette, aus dem gegen sie herannahenden Sturm vollständig siegreich hervorgehen wird, kann kaum bezweifelt werden. Giebt es dabei auch hier und da einen kleinen Krawall: so wird dieser nur dazu dienen, dem Gesetze um so entschiedener Achtung zu verschaffen. (Wir werden uns freuen, wenn unser Correspondent Recht behält. D. R.)

Die katholische Partei unseres Landes tritt in dem vortrefflich redigirten deutschen Volksblatt sehr geharnischt gegen den katholischen Kirchenrath auf und will sich denselben nicht länger gefallen lassen, sondern verlangt gänzliche Unabhängigkeit ihrer Kirche vom Staate.

Von der südlichen Alb, den 13. November. (Schw. M.) Eine vorausgesehene und befürchtete Folge der Ablösung entwickelt sich nun schneller, als man erwartet hat, nämlich die Vertheilung der Bauernhöfe. Immerhin hatte noch jedes Dorf und Weiler in Oberschwaben bedeutende Bauernhöfe; jetzt aber sieht man aus einem Bauernhof häufig zwei bis drei machen, und statt der frühern einen Familie werden nun mehrere. Wohin Das führen wird, sehen wir am Unterland. Auch das Pachtsystem nimmt überhand, wo der Bankerott nicht vollzogen werden kann oder will. Neue Häuser entstehen natürlich bei der Theilung in Menge, aber das Feldverareal nimmt nicht zu.

Aus Baden, den 18. Nov. Das Fr. J. schreibt: Großes Aufsehen erregt es in unserm Lande, daß der Freiherr v. Andlaw dem Großherzoge den Antrag übersendet hat, zu Gunsten Bayerns oder Oesterreichs seine Krone niederzulegen. Wenn man auch längst wußte, daß die Grundherren des ehemaligen österreichischen Breisgaus dieses wünschen, so glaubte man doch keineswegs daran, daß man es wagen würde, diesen Antrag so geradezu auszusprechen. —

Mannheim, 18. Nov. Heute Morgen zwischen zehn und elf Uhr wurde das 1. Bataillon des 4. Infanterieregiments, welches bisher in Schleswig-Holstein in Anerkennung seiner Treue und Tapferkeit mit der Feldmedaille belohnt.

Mannheim, 19. November. Heute Vormittag kam der k. preuß. General v. Schreckenstein hier an, um die hiesige Besatzung zu inspiciren und vornämlich die Lokalitäten zu besichtigen, welche zur Kasernirung der hiesigen preußischen Garnison eingerichtet worden sind. Wir vernehmen, daß in etwa acht Tagen die Kasernirung ins Leben treten und dann auch für unsere Einwohner die Einquartierung ein Ende haben wird. Herr v. Schreckenstein ist heute Abend 4 Uhr wieder nach Karlsruhe zurückgekehrt.

Frankfurt, 18. Nov. Die vom 10. d. datirte würtembergische Beitritts-Erklärung zu der Uebereinkunft vom 30. Sept. zeichnet sich vor allen bisher bekannt gewordenen Erklärungen durch den Vorbehalt aus, daß das Interim von Seiten Würtembergs nur bis zum 1. Mai 1850 — „bis wohin jedenfalls eine Volksvertretung zu berufen und eine deutsche Verfassung zu vereinbaren sei" — als bindend anerkannt wird. (K. Z.)

§§ Frankfurt, 20. Nov. In den heutigen Vormittagsstunden hatte beim Reichsminister Dettmold eine zahlreiche Versammlung von Genossen der bekannten Gothaer Conferenzen statt, woran namentlich die Herren v. Gagern, Mathy, Bassermann u. s. w. theilnahmen.

Aus der Wetterau, den 17. Nov. (Fr. J.) In Friedberg ereignete sich dieser Tage ein Gaunerstreich, der Paris oder Berlin Ehre machen würde. Ein Kaufmann aus Preußen kam mit dem Postwagen aus Frankfurt in Friedberg an und stieg in einem Gasthofe daselbst ab. Seinen Koffer mit Goldwaaren und Juwelen (er war ein Goldarbeiter) stellte der Wirth in ein Vorzimmer. Als der Reisende den folgenden Morgen mit der Post nach Gießen reisen wollte, fand er den Koffer nicht mehr am nämlichen Platze und bei näherer Untersuchung statt Goldwaaren Steine darin. Der Schaden, den der Kaufmann erlitten, ist sehr bedeutend und der Thäter bis jetzt noch nicht entdeckt worden.

Darmstadt, den 18. Nov. (D. A. Z.) Der Vorsteher einer freien Gemeinde im Odenwald, ein gewisser Kattmann, der zugleich zu den rührigsten Demokraten gehört, hatte angekündigt, daß er in Darmstadt nächstens einen „Gottesdienst" halten wolle. Heute sollte dieser Gottesdienst von Kattmann auf dem hiesigen Exercirplatze gehalten werden. Es hatte sich auch eine große Anzahl von Neugierigen und der ganze Vorrath Darmstadts an Heckerhüten dort eingefunden. Der Vortrag mußte jedoch unterbleiben, denn Kattmann hatte unterlassen, die Anzeige der beabsichtigten Volksversammlung vorher zu machen, und so schritt die Polizei ein, ohne Widerstand zu finden. Kattmann wird, wie man hört, seine Missionsreise in der Umgegend fortsetzen.

Wiesbaden, den 19. November. (Fr. J.). Heute Nacht wurde hier ein frecher Diebstahl verübt. Ein aus dem Zuchthause zu Hanau erst entlassener Vagabund brach in den Laden des Goldarbeiters Kölsch in der Kirchgasse in der Weise ein, daß er aus der Mauer des Ladens einige Backsteine behutsam herausnahm und durch diese kaum einen Schuh lange und ½ Schuh breite Oeffnung beinahe den ganzen Laden ausleerte. Erst nach vollbrachter That wurde er ertappt und zur Haft gebracht. Er muß jedoch Hülfe gehabt haben, denn es wurde nicht Alles bei ihm gefunden. Die Diebstähle mehren sich hier übrigens und man will sogar einer wohlorganisirten Diebsbande schon auf der Spur sein.

Kassel, 18. Nov. Die Gesetzsammlung enthält das Gesetz vom 13. Nov. 1849, die Aufhebung der standes- und grundherrlichen Gerichtsbarkeit ꝛc. betreffend.

Fulda, den 17. Nov. (Fr. J.) Gestern Abend ist Se. k. H. der Kurfürst von Hessen hier eingetroffen und nach kurzem Verweilen auf seinem Schlosse nach Wächtersbach zum Besuche seiner Tochter abgereist, wird aber bald wieder hier zurückerwartet. — Heute ist eine Abtheilung preußischer Uhlanen auf dem Marsche nach Baden hier durchpassirt. —

△ Dresden, 21. Nov. [Zweite Kammer.] Gestern hielt die zweite Kammer die zweite vorbereitende Sitzung, in der die Abtheilungsvorstände das Resultat der Prüfungen der Wahlakten vortrugen; heute die dritte, beide, während der fortdauernden Krankheit Sommer's, unter dem Vorsitze des Alterspräsidenten Harkort, des Aeltesten nach Sommer. Heute wurde zu Anfang der Sitzung das Resultat der Wahlprüfungen Sommer's (aus Bernstadt), Koch's und Biedermann's vorgetragen, und diese Wahlen wurden, trotz der Anstrengungen der Linken, für unbeanstandet erklärt. Um 12 Uhr endlich schritt man zur Wahl der Directoren. Schon vor Beginn der Sitzung war es allgemein bekannt, daß die Kammer zum 1sten Präsidenten Herrn Braun wählen wolle, ohne daß derselbe darüber, daß er eine etwa auf ihn fallende Wahl ablehnen werde, ein Wort geäußert hätte. Es waren 51 Abstimmende anwesend, und von diesen wählten 45 Hrn. Braun. Nun erklärte derselbe, daß „gewichtige Gründe dringender Art" ihn behinderten, die Wahl anzunehmen. — Bei sämmtlichen Wahlen erlitt nunmehr die Linke eine eben so entschiedene Niederlage, wie vorher bei der beabsichtigten Beanstandung der gedachten 3 Wahlen. Zum 1sten Präsidenten wurde von 51 Abstimmenden der Appellations-Rath Cuno mit 28 Stimmen; zum Vicepräsidenten der Dr. Held, gleichfalls mit 28 Stimmen; zum 2ten Vicepräsidenten der Bürgermeister Haberkorn mit 36 Stimmen; zum 1sten Secretär der Gerichts-Amtmann Hohlfeld mit 27 Stimmen; zum 2ten Secretär der Actuar Prüfer mit 50 Stimmen gewählt.

= Leipzig, 19. Novbr. [Stadtverordneten-Wahl.] Die Ergänzungs-Wahlen für das ausscheidende Drittheil unserer Stadtverordneten sind beendigt. Das Gesammt-Resultat von 33 Erwählten ist, daß 19 derselben auf den Listen der Linken, 16 auf denen der Rechten gestanden haben. Im Vergleich zu dem Resultat der Landtags-Wahlen muß dies Ergebniß überraschen.

Meiningen, 17. Nov. Der Landtag hat heute mit 23 gegen 2 Stimmen den Anschluß an das Drei-Königs-Bündniß ohne Vorbehalt genehmigt, zugleich aber mit 16 gegen 9 Stimmen den antecipirten Act der Ratification, bevor noch der Landtag sich ausgesprochen, mißbilligt.

Sondershausen, den 15. November. Unser Landtag hat die ihm vorgelegten, aus der gemeinschaftlichen Vorberathung der Thüringischen Regierungen hervorgegangenen Entwürfe eines Strafgesetzbuches, einer Strafproceßordnung, einer Gebührentaxe in Strafsachen und eines Gesetzes über Entziehung staatsbürgerlicher Rechte wegen begangener Verbrechen einstimmig en bloc angenommen, jedoch nur unter der Bedingung, daß diese Gesetzentwürfe auch von den andern Thüringischen Staaten oder wenigstens vom Groß-

Berliner Zuschauer.

Berlin, den 22. November 1849.

—† Ihre Majestäten der König und die Königin nebst dem Hofe beziehen morgen wieder das königl. Schloß in der Stadt Potsdam und werden dort bis zum Januar allerhöchstihr Hoflager halten.

—† Ang. Fremde: v. Stechow, Major a. D., aus Kotzen; Part. Fleury aus Merico und Carballedo aus Veracruz; Se. Durchl. der Herzog Carl und Prinz Friedrich zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg; Graf v. Batthyany, kais. österr. Legat.-Secretair und Kabinets-Courier aus London; Dibrant, kais. österr. Kabinets-Courier, aus Paris; Frau Generalin v. Balche aus Bucharest; Ihre Durchl. die Fürsten Ghika und Prinz Leonildo Ghika aus Jassy; de Meneval, Französ. Gesandtschafts-Secretr. aus Dresden; Se. Excell. der wirkl. Geh. Rath und Chef-Präsid. v. Frankenberg-Ludwigsdorf aus Nieder-Schüttlau.

—† Die zweite Kammer soll beabsichtigen, durch Subscription für Herrn Schaffraneck in Folge seiner gestrigen Rede eine Sinecure in einem bekannten Kloster nahe der Eisenbahnstation Malsch anzukaufen.

—† In einem Hause der Friedrichsgracht fand vorgestern Abend eine geheime demokratische Versammlung statt. — Darin besteht also die Vertagung auf 3 Wochen!

— K. Vor der Einführung des Belagerungszustandes wurde in einer demokratischen, sehr erhitzten Versammlung darüber debattirt, wie man die Kasernen in die Luft sprengen müsse, um sich dadurch der Soldaten auf ein Mal zu entledigen. Nachdem viele blutige Pläne, weil deren Wirkung nicht ganz sicher waren, verworfen wurden, kam Herr B..... auf den mit Acclamation aufgenommenen Vorschlag, mit Handgranaten dieses zu vollbringen. Und in der That kam nur der Vorschlag durch ein plötzliches Hinderniß nicht in Ausführung. — So theilt uns ein Zeuge mit.

— K. Die tiefliegenden Pläne der Weltstürmer werden jetzt nach Schließung der Clubbs privatim in den bekannten Kneipen, wie z. B. in der Dresdenerstraße (bei L.) verhandelt.

— Der Präsident der Ersten Kammer wird gebeten, in Zukunft die Tribünen besonders benachrichtigen zu lassen, wenn der Präsident Scheller das Wort hat, damit die Damen und andere auf Schicklichkeit haltende Personen sich rechtzeitig entfernen können.

—† Bei dem Abschiedsmahle, das seine Freunde dem bekannten Demokraten Dr. Virchow am 16ten gaben, überreichte der Dr. Pätsch Hrn. Virchow ein Andenken seiner Freunde.

—† Jenny Lind ist, nachdem sie in dem Hofconcert zu Sanssouci mit Frl. Bertrand aus Paris unter der ehrenvollsten Anerkennung gesungen, gestern bereits wieder nach Hamburg abgereist. Die Künstlerin wird jedoch in einigen Wochen hierher zurückkehren und dann in Concerten öffentlich auftreten.

—† Demokratischer Meuchelmord. Am 4ten d. M. reiste die Frau des Majors v. Schmidt vom 20. Infanterie-Regiment von Charlottenburg über Berlin nach Cöln und Rastatt zu einem Besuch bei ihrem dort garnisonirenden Manne ab. Die Reise der Dame läßt sich bis in die Nähe von Cöln verfolgen, dort ist sie plötzlich verschwunden, und eine amtliche Bekanntmachung des Oberprokurators zu Cöln vom 19ten fordert, da Gründe vorliegen, daß die Unglückliche wahrscheinlich in der Nähe von Cöln gewaltsam ermordet worden sei, zu Mittheilungen über das Auffinden der Leiche auf. Die Nachricht hat hier in allen Kreisen tiefes Entsetzen verbreitet, und die bezeichnendsten Gerüchte durchlaufen bereits die Stadt. Danach soll bereits ermittelt sein, daß die Verschwundene unterwegs 2 Männer als Mitreisende angetroffen und von diesen bis Cöln begleitet worden sei, die der einzeln reisenden Dame ihren Schutz anboten und sich ihr aufdrängten. Beide sollen sich als eifrige Demokraten verrathen haben. Der Mann der Ermordeten ist der Präsident des Kriegsgerichts in Rastatt.

—† Die Demokratie fängt wieder an, sich mit Abbrennung von Kanonenschlägen zu amüsiren. So z. B. vorgestern Abend in der Sebastiansstraße.

—† Seit gestern ist die Nachricht verbreitet, daß der Waldecksche Proceß in den Lokalitäten des Zellengefängnisses bei Moabit verhandelt werden wird. Dies wäre in der That sehr wünschenswerth, schon deshalb, weil der Raum des Sitzungssaales eine weit größere Anzahl von Zuhörern faßt. Die andern Gründe, welche für diese Wahl sprechen, brauchen nicht erst erwähnt zu werden.

Die Partei Waldeck macht übrigens riesenhafte Anstrengungen, um die Freisprechung ihres Hauptes zu sichern, und die Vertheidigung soll sich namentlich große Mühe geben, nach französischer Manier Verdächtigungen auf die Anklagezeugen zu sammeln. — Die Sache des Angeklagten scheint demnach doch nicht so günstig zu stehen, als die Demokratie bemüht ist, zu verbreiten.

—R Die Hauptführer der Demokraten mit den Bezirksvertretern hatten gestern Nachmittag bei Waßmann in der Leipziger Straße eine Versammlung. Nächstdem begaben sich die meisten, unter ihnen die Herren Berends und Streckfuß, nach dem Odeum, wo letzterer Gedichte vortrug.

—R Die Organisation der conservativen Partei und des Treubundes wird täglich fester und zusammenhängender, und die Versammlungen derselben in den einzelnen Bezirks- sowohl als in den Kreis-Vereinen werden immer zahlreicher. Täglich kommen von dem besseren Theil der Demokraten Ueberläufer, welche neuerdings sich sattsam genug überzeugt haben, wohin ihre Führer sie leiten wollen, und deshalb sich beeilen, noch früh genug zum rechten Weg zurückzukehren. Namentlich ist dies unter der arbeitenden Klasse der Fall.

— † Die Regierung scheint jetzt zu der Ueberzeugung gekommen, daß es nothwendig sei, durch offizielle stenographische Berichte die Verhandlungen in dem Ohm-Waldeckschen Prozeß festzustellen und zu veröffentlichen, einerseits um hierdurch die von der Demokratie erhobenen Verdächtigungen über eine parteiische und ungesetzliche Einwirkung der Regierung zu Nichte zu machen, so wie den sonst unfehlbar in Aussicht stehenden Entstellungen und Parteilügen der demokratischen Berichte ein offizielles Aktenstück entgegenzustellen, andern Theils aber auch um die Ergebnisse der mündlichen Verhandlung für jede Eventualität festzustellen.

Dem Vernehmen nach sind bereits drei vereidete Stenographen aus dem stenographischen Bureau mit der Aufnahme der Verhandlung beauftragt.

— † Graf Dyhrn und die weibliche Linie derer von Schweinichen sollen beabsichtigen, aus der Fraktion Mielentz eine äußerste Linke zu bilden

— △ Wir haben neulich im literarischen Theil unseres Blattes auf das Buch: „König und Freiheit" (Berlin. Plahnsche Buchhandlung.) hingewiesen. Wir erwähnen desselben hier noch einmal, da es uns leid thun würde, wenn unsere Leser diese tief-geistreiche Schrift unbeachtet ließen. —

— †Am 10. fand in Mainz eine Generalversammlung des dortigen demokratischen Vereins statt. Die nachstehende Beschreibung, welche die Darmstädter Zeitung von dieser Versammlung giebt, beweist am besten, welcher Geist in diesem berüchtigten Nest aller Rebellen noch immer herrscht, und was die Tendenz der Demokratie ist:

„Die Versammlung begann um 8 und endete um 10 Uhr; Dr. Müller-Melchiors präsidirte. Das Lokal selbst und die Galerieen waren so überfüllt, daß man kaum stehen konnte. Der Saal war mit Kränzen und Blumen verziert, und an den Säulen waren die Namen Robespierre, Kossuth, Hecker, Trützschler ꝛc. mit Kränzen umwunden zu sehen. Im Hintergrund saß der Ausschuß an einer rothen Tafel und hinter dem Ausschuß waren 3 Vasen, in welchen roth und blaues Feuer brannte. Die hintere Wand war gänzlich roth und oben an der Galerie bildete die französische, amerikanische, Arbeiter- und Turnerfahne eine Gruppe, aus welcher die blutrothe Fahne über den Ausschuß herabhing. Nach Verlesung des Protokolls spielte die Bürgermusik einen Trauermarsch, nach dessen Beendigung der Vorsitzende das Wort nahm und mit großem Selbstbewußtsein von der Kraft der demokratischen Partei sprach. Nach ihm bestieg ein gewisser Krebs aus Mainz, Sohn des Bestätters, früher evangel. theologischer Kandidat, jetzt deutsch-katholischer Prediger in Mannheim, die Tribüne, welche er nach einer Lobrede auf R. Blum unter endlosem Jubel verließ. Ein Trauermarsch endete die Sitzung; zwei Drittheile der Versammelten waren — Frauen, wahrscheinlich durch das interessante Farbenspiel angezogen."

— †Aus dem Greifswalder Kreise. Hier lag schon der Entwurf zu einer Bittschrift an die zweite Kammer wegen der Civilehe bereit. Grundzüge dieser Petition sind folgende: Die hohe Kammer wird ersucht, den bewährtesten Meister der Phrase aus ihrer Mitte mit der Anfertigung eines neuen Trauformulars zu beauftragen. Als feierlicher Eingang der Rede diene die rührende Erinnerung an die hehre und hohe Weihe des Verschreibers, mit welcher das junge Ehepaar so eben beglückt worden. Sodann verwebe der Meister der Phrase die Morgenröthe der Freiheit, die nun auch am Ehestandshimmel emporflammt, in die Ansprache; und schließlich leuchte das matte Abendroth eines mit Anstand zu Ende gebrachten Civilehelebens den Neuvermählten hinein.

— 0 Dem Vernehmen nach ist der Polizei ein gefährliches Subject entwischt, von dem leider zu spät auf telegraphischem Wege sowohl von Paris als von Frankfurt a. M. aus das Signalement gegeben wurde. Dies Individuum muß ein genauer Bekannter unseres Demokratenführers B. sein, denn in dessen Gesellschaft ist der Fragliche noch bei Kemper vor wenigen Tagen gesehen worden. Man weiß jedoch, wohin der Fremde gegangen ist!

— † Die demokratische Zeitung berichtet heute gleichfalls über das Festmahl zur Erinnerung an die Einführung der Städteordnung und beklagt sich, daß die Reaktion wie gewöhnlich scandalöse Auftritte verursacht habe, indem sie die der Linken angehörenden Stadtverordneten habe zwingen wollen, bei den Toasten auf Ihre Majestäten aufzustehen. Ja die Reactionaire seien noch weiter gegangen, denn als die sitzen gebliebenen Herren (daß dieselben das Preußenlied mit Zischen und Pfeifen begleitet, ignorirt die Demokratische natürlich!) von den Sängern das Lied vom deutschen Vaterland verlangt hätten, habe sich der k. Sänger Hr. Zschiesche als Leiter des Quartetts geweigert, das Lied zu singen, und die Versammlung habe ihm zugestimmt.

Wir haben über diese Darstellung nichts zu sagen, als daß wir und das ganze conservative Publikum nur von Herzen bedauern, daß die Versammlung nicht noch energischer jede ungezogene Störung zur Ruhe gebracht hat, um sich das Fest durch dergleichen nicht verunstalten zu lassen.

Der Artikel der Demokratischen schließt in Bezug auf einen Toast des Herrn Ministers v. Manteuffel mit den Worten: Dieses Fest wird ihm indessen wohl gezeigt haben, wie schlecht seine Sehnsucht nach Versöhnung zu der Wirklichkeit paßt. „Nichts von Versöhnung, nichts von Uebergabe!"

⁂ Tante Voß, deren Leib-Thermometer jetzt wieder häufig auf Null (0) steht, sagt in ihrer Nullitätsklage von wegen deutscher Einheit Nr. 261.: „Deutschland hat eine Revolution gehabt, das kann Niemand leugnen." — Und wehe, schreien wir, wehe dem, der das leugnet! Seine Strafe wird schrecklich sein! Denn Tante Voß wird ihm ihr weltberühmtes „Extrablatt der Freude" vorhalten mit jener bewußten „freudigen Umgestaltung der Dinge von gestern auf heute."

☞ Es gehört offenbar zu den besondern Kennzeichen dessen, was sich Demokratie nennt, daß es regelmäßig und beharrlich die Gegner mit Mord und Todtschlag bedroht (wir erinnern nur an die Rache wüthenden Kriegs-Erklärungen der demokratischen Zeitung, die „Hunderte von Absolutisten" hinzuschlachten schwuren für jeden durch Urtheil und Recht auf dem Sandhaufen gefallenen Freischärler); wird aber endlich einmal einer der Ihrigen vom Arme der Gerechtigkeit beim Kragen genommen, ja, dann giebt es keinen unschuldigeren, keinen friedfertigeren Menschen unter der Sonne, als solch ein „Opfer der Reaction." Die Demokraten vergessen dabei nur eine Kleinigkeit, vergessen, daß sie ihren „Märtyrer" augenscheinlich zum Reactionair stempeln, wenn sie ihn rein brennen von jeder demokratischen Mitschuld. Die Beweise, wie die demokratische Presse von bevorstehendem Kampfe, von „Ausrottung der Gegner mit Stumpf und Stiel" in den blutdürstigsten Jakobiner-Worten geprahlt hat, liegen in den betreffenden Blättern offen zu Tage. Dennoch schreit dieselbe Presse Zeter und weint die rührendsten Krokodilsthränen, wenn einen Demokraten das Loos getroffen hat, der Theilnahme oder Mitwissenschaft solcher sonst zum guten Ton der radikalen Presse gehörigen Dinge beschuldigt zu werden. Eine Heuchelei, welche für die demokratische Ueberzeugungstreue ungefähr dasselbe Zeugniß ablegt, was der „passive Widerstand" für die demokratische Tapferkeit geleistet hat.

⁂ Also nicht allein bei der „roth-reaktionären" Kreuzzeitung werden Tausende zugesetzt, wie die Demokratie, weil ihr die Kreuzritterin so zusetzt, wohlwollend alle Quartale verbreitet, sondern auch bei „altliberalen" Blättern, z. B. bei der Leipziger Allgemeinen, bei der die beiden Brockhäuser in Leipzig an 30,000 Thlr. eingebrockt haben sollen. Eine theure Krebssuppe für einen Verleger des Fortschrittes!

☞ Tendenz-Schuld! Dr. Julius, der von Berlin abreiste, ohne

herzogthum Weimar und von dem Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt ohne Abänderung angenommen und zwischen den genannten Staaten und unserm Fürstenthum über Gemeinschaftlichkeit in der Rechtspflege eine Einigung stattfinde.

Hannover, den 20. Nov. (M. Z.) Nach längerer Debatte wurde der Gerding'sche Antrag in Betreff der Auslieferung der gefangenen Hannoveraner in Baden durch einen Vermittelungsantrag des Abgeordneten Windthorst verdrängt. Dieser ersucht die Regierung, Erkundigungen einzuziehen, um nach deren Ergebniß weitere Schritte zu thun. Bei namentlicher Abstimmung erklärten sich für den Windthorst'schen Antrag 39, gegen denselben 36. Der Gerding'sche Antrag kam demnach nicht zur Abstimmung. Auf der Tagesordnung für den 21., Mittwoch, steht der Antrag von Lang II. für Schleswig-Holstein.

Aus einer Vorlage der Regierung vom 15. November ersehen wir, daß bis zum Ende des vorigen Jahres 2,121,066 Thlr. 16 Ggr. angeliehen sind und daß zur Deckung der außerordentlichen Kriegsbedürfnisse nicht nur eine Anleihe von noch 496,400 Thlrn. erforderlich ist, sondern die Regierung auch noch eine außerordentliche Steuer glaubt beantragen zu müssen. (Z. F. N.)

Braunschweig, 21. Nov. (M. Z.) Die Nachricht, daß die hiesige Regierung mit der preußischen in Bezug auf die Administration unseres Truppencorps in Unterhandlung getreten sei, ist vollkommen gegründet. Oberst Morgenstern, welcher als Kriegs-Minister fungirt, befand sich zu diesem Zwecke mehrere Tage in Berlin, ist aber nunmehr zurückgekehrt.

Schwerin, 20. Nov. Die „Mecklenburgische Zeitung", welche noch unlängst dem berüchtigten § 189. der oktroyirten Verfassung, worin die Vereidigung der Staatsbeamten und der bewaffneten Macht auf dieselbe vorgeschrieben ist, eine glühende Lobrede hielt, findet jetzt, daß eine solche Vereidigung nur Unklarheit und Verwirrung erzeugen würde und will zur Erwägung von Modalitäten anregen, wie diesem Uebelstande vorgebeugt werden können. (Nd. C.)

Altona, 18. Nov. Generallieutenant v. Bonin hat seine Inspection in Altona beendet und ist heute mit dem Bahnzuge nach dem Norden wieder abgegangen.

Am vorgestrigen Tage haben die Nivellements-Arbeiten an der Altona-Lübecker Eisenbahn begonnen, und man hofft, mit der Nivellirung der ganzen Bahnstrecke noch im Laufe dieses Jahres zu Ende zu kommen.

Flensburg, 19. Nov. In und bei Sonderburg wird gegenwärtig auch wieder stark geschanzt und verpallisadirt.

Husum, den 18. Nov. (N. F. P.) Das heutige Wochenblatt enthält folgende Bekanntmachung: „Die Landesverwaltung für das Herzogthum Schleswig hat mit Rücksicht auf die aus der Stadt Husum an sie gelangte, vom 5. d. M. datirte, von den frühern Mitgliedern des Magistrats, mehreren hiesigen Beamten und einer Anzahl von Bürgern und Einwohnern hieselbst unterzeichnete Eingabe, in welcher die Unterzeichneten erklärt haben, „daß sie gegen die von der Landesverwaltung als einer ungesetzlichen Gewalt' verfügte Aufhebung bestehender Gesetze als einen Act der Willkühr protestiren und jene Gesetze nach wie vor als gültig betrachten," mittelst Verfügung vom 22. d. M. damit der solchemnach der vertragsmäßig für das Herzogthum Schleswig eingesetzten Regierung verweigerte Gehorsam bewirkt werde, und da die Hindernisse, welche der Herstellung der Ordnung in der Stadt Husum annoch entgegentreten, vornehmlich dem unzulässigen Verhalten der aus dem hiesigen Wochenblatt am 28. v. M. bekannten Unterzeichner der obigen Erklärung beizumessen sind, beschlossen, daß das für die Stadt Husum bestimmte Executionscommando königl. preuß. Truppen, bestehend aus zwei Compagnien Infanterie und den Husaren, mit Übergehung der übrigen Einwohner unter die Unterzeichner der gedachten Erklärung vertheilt und von jedem der danach Bequartierten die Kosten der demselben als Execution beigelegten Einquartierung getragen werden sollen. Die Einquartierungs-Commission hieselbst ist mit der Vertheilung des obgedachten Executionscommandos über die Unterzeichner der gedachten Erklärung beauftragt und ist der 12. d. M. als Anfang der zuzulegenden Execution bestimmt, welche bis auf nähere Verfügung der Landesverwaltung fortdauern wird. Vorstehendes wird hierdurch mit dem Beifügen zur Kunde gebracht, daß für die übrigen hier stationirten königl. preuß. Truppen die gewöhnliche Vergütung noch 6½ Schilling pr. Tag seiner Zeit gewärtigt werden kann." — Aus sicherer Quelle vernehmen wir, daß auch die Stadt Garding wegen einer veröffentlichten Erklärung gegen die Landesverwaltung mit einer Compagnie Executionstruppen belegt wird.

Ausland.

Das Zerfallen der parlamentarischen Parteien, nicht nur in Frankreich, erschreckt die Constitutionellen — sie begreifen nicht, daß ihre Parteien und Fractionen und Fractiönchen, zugeschnitten, oft plump genug, nach der Louis Philippistischen Schablone der Charte verité über den Haufen fallen müssen, da ihnen jetzt Fragen gegenüber treten, für welche „die beste der Republiken vom 9. August 1830" keine Schablone geschnitten. Keine Schablone, keine constitutionelle Weisheit! Und mit der berühmten Auerswald'schen Perspective als Feldzeichen gewinnen die ächt constitutionellen Helden durch einen gutberechneten Flankenmarsch eine sichere Aufstellung hinter der wahren Partei der Ordnung, hinter der bewaffneten Macht!

Frankreich.

** **Paris**, den 19. November. Es ist nichts von besonderer Bedeutung vorgefallen, die Assemblée beschäftigt sich immer noch damit, die Milde der Montagnards, die einzelne strenge Artikel des Code Penal beseitigen wollte, in ihr rechtes Licht zu stellen und zurückzuweisen. Dann wurde ohne Discussion die von der Regierung im vorigen Jahre bei der Bank gemachte Anleihe genehmigt. Die parlamentarischen Parteien stehen noch immer auf: Qui vive! Der Verein gemäßigter Bonapartisten, der sich so eben unter Abatucci und General von Grammont gebildet hat, scheint wieder einzugehen, da die echten Chaberts erklärten, sie brauchten keine parlamentarischen Vereine, die Sitzungen der Legislative wären ihnen schon viel zu lang und langweilig, sie holten sich täglich ihre Losung im Elysée und damit Punctum. Auch der Repräsentantenverein der Blauen unter General Cavaignac und Birio scheint nicht lebensfähig zu sein. Die Mitglieder dieses Vereines sind sämmtlich so berühmte und originale Staatsmänner, daß Jeder von ihnen Parteiführer, keiner aber Parteimitglied sein will. Dagegen haben Legitimisten aller Schattirungen, indeß ohne aus dem Orsayverein auszuscheiden, sich in einen besondern Verein in der Straße Rivoli zusammengefunden. An diesem Verein nimmt auch die gemäßigte Faction der Katholiken Theil. In der gestrigen Sitzung, der der Bischof von Langres präsidirte, beklagte sich der Marquis von Larochejacquelein bitter über den neuen Polizeipräfekten Carlier, der noch nicht acht Tage im Amte sei und doch schon eine legitimistische Verschwörung erfunden und denuncirt habe. Unter den Erfindungen des mit einer sehr fruchtbaren Phantasie begabten Herrn Carlier befinde sich auch eine „Königliche Garde" und Herr Carlier habe die Gnade gehabt, ihn (den Marquis von Larochejacquelein) zum Obersten dieser Garde zu ernennen.

Der neue auswärtige Minister General Lahitte empfing heute das diplomatische Corps, Lord Normanby hielt die übliche Anrede. Die Blätter bemerken, daß General Lahitte, ein trefflicher Artillerist, bisher dem politischen Leben ganz fern gestanden habe, auch nicht Abgeordneter gewesen sei.

Fürst Callimachi (der bekannte Fanariot), der jetzt außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der hohen Pforte bei der französischen Republik ist, hatte gestern eine Privataudienz bei dem Präsidenten der Republik, welchem er mittheilte, daß seinem Souverain, dem Großherrn, zwei Kinder geboren seien.

Morgen erwartet man im Moniteur die Absetzungsdecrete mehrerer Präfecten.

Mery soll zum Generaldirektor der Nationalmuseen ernannt werden. Jeanron behält die Direction des Louvremuseum's.

Auf Befehl des Ministers des Innern hat heute ein Architekt den rechten Flügel des Tuillerienschlosses untersucht, es soll dort eine Wohnung für den persönlichen Regenten von Frankreich eingerichtet werden.

Es soll in Paris unter der Direction von Clénient eine Metropolitanschule für geistliche Musik errichtet werden.

Der Finanzminister hält seit gestern lange Conferenzen mit mehreren Generaleinnehmern, die expreß nach Paris berufen worden sind.

Monsignor Valiga, Patriarch von Jerusalem, ist zu Marseille eingetroffen, dem Vernehmen nach wird der Prälat um französischen Schutz für die katholische Kirche in der Levante bitten.

Der Papst hat den Abbé von Fallour, der Bruder des ehemaligen Ministers, zum Chor- und Domherrn von Sanct-Peter ernannt.

Im Garten des Luxemburg sind die Statuen von Johanna von Albret, der Mutter König Heinrich IV. und der Königin Margot aufgestellt worden.

Die heutigen Blätter melden, die ehemalige Geliebte Fieschi's, Minna Lassave, sei nicht gestorben, sei auch nie Straßensängerin gewesen, sondern sei verheirathet und Mutter mehrerer Kinder.

Die Gazette de France warnt die Rechte, nicht in die Falle zu gehen, die ihr vom Präsidenten gelegt werde. Sie solle das Deportations-Gesetz nicht bewilligen. Das Gefühl der Menschlichkeit spreche gegen dessen Bestimmungen. Die Klugheit wenigstens sollte diejenigen vorsichtig machen, auf welche die edlen Gefühle keinen Einfluß hätten. Der National bemerkt, die Monarchie habe nicht, wie die moderirte Republik, die politischen Gefangenen zu Festungsarbeiten verwendet, wie die jetzigen Gewalthaber es zu thun gedächten.

Großbritannien.

* **London**, den 19. November. Am Sonnabend begab sich der Feldmarschall Herzog Arthur Wellington nach Windsorschloß und machte der Königin seine Aufwartung. Er nahm auch an dem Diner Ihrer Majestät Theil, das einige Stunden später aufgetragen wurde, weil Se. K. H. der Prinz-Gemahl sich auf der Jagd verspätet hatten. Der preußische Gesandte, Ritter Bunsen, kehrte nach London zurück.

Die Times enthalten wieder mehrere Briefe „an den Herausgeber" über die Hinrichtung der Mannings, die indeß nichts wesentlich Neues bringen. Es ist die alte Polemik für und gegen die Todesstrafe und über die Art der Ausführung derselben.

Der Graf von Westmoreland, Königl. Großbritannischer Minister am Königl. Preußischen Hofe ist über Paris nach Berlin abgereist.

Es sind wieder zwei Veteranen aus dem Halbinselkriege gestorben. Oberst Barnwell, Kommandeur vom 9. Infanterieregiment, ein mit Ruhm und Narben bedeckter Krieger, und Major Roche Meade, Generaladjutant der Gardekavallerie, dessen sich auch deutsche Waffenbrüder freundlich erinnern werden. Er kämpfte als Adjutant des Generals Grafen Wallmoden 1813 bei Hasdorf und an der Göhrde, wurde in Rostock blessirt und machte auch 1814 den bekannten Angriff auf Bergen-op-Zoom mit.

Am Sonnabend wurde endlich die erste Röhre der Britannia-Brücke 3 Fuß tief auf ihr beständiges Lager von Steinplatten und Rollen niedergelassen; die Arbeit, sie mit der Röhre vom Lande zu verbinden, hat drei Wochen Zeit in Anspruch genommen. Das Ereigniß wurde von den versammelten Arbeitern und Zuschauern mit einem Freudenruf und auf der Küste von Carnarvonshire an der Menai-Meerenge mit Kanonendonner begrüßt. Die hydraulische Presse und der Windeapparat sind von der Anglesea-küste an die von Carnarvon gebracht worden, um die zweite Röhre in die Höhe zu winden, sobald sie zu Wasser an die Pfeiler gebracht worden ist, eine Operation, die, wenn das Wetter und die Fluth es erlauben, am 3. Dezember stattfinden wird. Die mit dieser Aufgabe verbundenen Operationen sind nun seit einigen Monaten Tag und Nacht betrieben worden, und diese ununterbrochenen Anstrengungen lasse nerwarten, daß die erste Reihe der Röhren am 7. März des kommenden Jahres für die Eisenbahn und den Verkehr eröffnet werden kann. Bei dieser ersten Röhre verursachte die Berechnung, daß der Einfluß der Kälte auf eine Eisenmasse von 400 Ctr. eine Zusammenziehung von 12 Zoll verursachen würde, was großes Unglück veranlassen könnte, und, wenn die Röhre auf beiden Seiten befestigt wäre, großen Zeitverlust. Einem solchen Unglück hat man dadurch vorgebeugt, daß die Röhre auf der einen Seite auf einer beweglichen Rolle liegt, wodurch ein Zerreißen der Röhre verhindert werden soll.

Italien.

Turin, den 14. November. Die heutige Sitzung der Deputirten-Kammer war sehr reich an schön klingenden Worten, die zwar an der Sache, nämlich am Friedens-Tractat, welcher heute in der Kammer verhandelt wurde, wenig ändern werden, aber jedenfalls den Geist dieser Kammer hinlänglich bezeichnen. Es ist begreiflich, daß es sich gegenwärtig nicht mehr darum handeln konnte, den Vertrag mit Oesterreich anzunehmen oder zu verwerfen, sondern die Ausführung der stipulirten Bedingnisse unpopulär zu machen. Der Minister des Innern begriff diese Manipulation recht gut und verlangte deshalb die Anerkennung des Vertrages, um demselben Gesetzeskraft zu verschaffen. Dagegen machte der Deputirte Ravina geltend, daß die Kammer zwar den Vertrag nicht umstoßen könne, aber die Ausführung desselben durch Gesetze überwachen müsse; denn da durch besagten Vertrag den Finanzen des Landes eine neue Last aufgebürdet werde, müsse die Sanction der Kammer dazu vorerst erfolgen. In der weiteren Entwickelung seiner Ansicht rechtfertigt er den Krieg mit der Behauptung, daß Karl Albert, dem Wunsche der ganzen Nation entgegen kommend, das schöne Italien von den Fremden befreien wollte und trotz der Anwendung solcher Mittel nicht so glücklich war, dies Ziel zu erreichen. Der Redner ist jedoch von der Hoffnung durchdrungen, bei einer andern Gelegenheit den Oesterreichern wirksamer auf den Leib gehen zu können. — Der Abg. Jaquemont ist sogar der Ansicht, daß das Land noch in voller Kraft da stand, um selbst nach dem Unglücksfalle von Novara die damaligen Verluste einzubringen; daher der Friedensschluß ein politischer Fehler war. Die Kammer war bereits durch die lange und stürmische Debatte zu sehr ermüdet, um den Schluß abzuwarten. Die Sitzung wurde deshalb aufgehoben und die Schlußdebatte auf die nächste Sitzung verschoben. (Lloyd.)

Florenz, den 14. Nov. Das festliche Glockengeläute im alten Palaste verkündet heute der Stadt die Feier des Namenstags des Großherzogs. Dem Hochamte in der Metropolitan-Kirche wohnten die Behörden bei. — Die Berichte über die Cholera lauten sehr günstig.

Palermo, den 27. Oct. Die Patres der Gesellschaft Jesu machen bekannt, daß sie ihre Collegien mit dem 15. November eröffnen werden.

Schweiz.

B* **Bern**, den 17. Nov. [Schieben und Geschobenwerden.] Der Bundesrath hat nun, wie Sie schon wissen werden, 33 Flüchtlinge als solche Führer bezeichnet, deren Ausweisung in dem Decret vom 16. Juli ausgesprochen sei. Unter ihnen sind z. B. Meyer, Eichfeld u. Hoff von Mannheim, dessen atheistische Reden an der „etwas ungezogenen" Todtenfeier Rob. Blum's selbst radicale Züricher empört haben. Höchst interessant ist als Replik auf dieses Decret des Bundesraths der Beschluß der Regierung von Bern, welchen die heutige Berner Zeitung also anzeigt: „Die deutschen Flüchtlinge C. Meyer, L. Simon, gewesenes Mitglied der deutschen Nat.-Versammlung, und Carl Eichfeld, gewes. Badischer Kriegsminister, erhalten für sich und ihre Familien die Bewilligung, sich im Cant. Bern aufzuhalten." Herr Niggeler, der Redacteur genannter Zeitung, ist auch Präsident des gr. Rathes von Bern und hat in letzterer Eigenschaft den positiven Antrag eines Mitgliedes dieser Behörde auf Limitirung des Asylrechtes aus der Traktandenliste der gegenwärtigen Session ausgelassen (!). Auf diese Handlungsweise fällt wohl einiges Licht durch folgende Worte des in Rastatt erschossenen Neff: „In Paris haben wir Proudhon, Ledru-Rollin u. s. w., in Belgien Ket, in der Schweiz Phil. Becker, Niggeler, Redacteur der „Berner Zeitung", James Fazy u. s. w. Bis diese Männer überall in den genannten Ländern an der Spitze der Regierung stehen, kann unsre Wirksamkeit nur einen Privatcharakter haben.". Vergleiche: Neff „Beiträge zur Bauernpolitik" S. 42.

Ungarn.

Pesth, 15. November. In der heutigen Nummer der Pesther Zeitung wird eine Kundmachung mitgetheilt, der zufolge das hiesige Kaiserliche Wechselgericht, dessen Functionen in Prozeß-Angelegenheiten am 2. Januar l. J. eingestellt wurden, am 1. December d. J. wieder seine regelmäßige Amtswaltung beginnen wird.

Schweden.

Die norwegischen Blätter enthalten die Nachricht von Tode eines um das Land hochverdienten Staatsmannes und Gelehrten. Der Stifts-Amtmann Wilhelm Frimann Koren Christie ist nämlich in einem Alter von beinahe 70 Jahren am 10. v. M. in Bergen mit Tode abgegangen. Bergensche Blätter setzen ihm folgendes Denkmal der Erinnerung:

„Nachdem Christie im Frühjahr 1814 zu Eidsvold thätigen Antheil an der Gründung unserer jetzigen Verfassung genommen hatte, wurde er im Herbst desselben Jahres die Seele und der Mittelpunkt des außerordentlichen Storthings, welcher die große und schwierige Aufgabe hatte, die Interessen unseres von allerlei Mangel und Noth gedrückten, vom Kriegsglück und seinem eben erwählten König verlassenen Landes gegen die schwedische Uebermacht und die von Seiten der schwedischen Regierung darauf gestützten Forderungen zu vertheidigen; — und wenn dennoch der Storthing glücklich seine Aufgabe löste, so ist das Verdienst hiervon wesentlich unserem Christie zuzuschreiben, der nicht blos als beständiger Präsident die Verhandlungen auf dem Thing mit ausgezeichneter Klugheit leitete, sondern auch, obschon er nicht Mitglied des dazu besonders erwählten Comité's war, wesentlich die Unterhandlungen mit den schwedischen Kommissaren führte. Da Christie ferner im folgenden Jahre als Präsident des ersten ordentlichen Storthing die Verhandlungen desselben in Betreff der Vereinigungs-Akte mit Schweden oder der sogenannten Reichs-Akte leitete, so sind sein Name und seine Verdienste so innig mit unseren Verfassungsgesetzen verwachsen, daß, so lange diese bestehen und Anerkennung genießen, auch jene niemals in der dankbaren Erinnerung der Nation werden erlöschen können.

Einen anderen Anspruch an die warme Erkenntlichkeit seiner Landsleute hat sich der Verstorbene durch das Bergensche Museum erworben, welches er, nachdem ihn seine geschwächte Gesundheit genöthigt hatte, sich aus dem Thingsaale zurückzuziehen und später sogar eine Zeit lang jede Amtsthätigkeit aufzugeben, im Jahre 1825 im Verein mit einigen wissenschaftlichen Freunden stiftete.— Daß dieses Museum von seinem ersten geringen Anfange in des Stifters eigenen Räumen an zu der reichen Sammlung ethnographischer, antiquarischer, naturhistorischer und künstlerischer Gegenstände, welche jetzt zwei ansehnliche Gebäude einnimmt, angewachsen ist, verdankt es fast allein der unermüdlichen, verständigen Wirksamkeit und den uneigennützigen Opfern des Stiftsamtmanns Christie.

Durch die Stiftung des Bergenschen Museums hat sich dieser prunklose, bei all seinen wahren Verdiensten so bescheidene und anspruchslose Ehrenmann nicht weniger als durch sein unvergeßliches Benehmen zu Eidsvold, welches ihn längst mit dem unverwelklichen Eichenlaube der Bürgerkrone geschmückt hat, eben so sehr ein bleibendes Denkmal bei der dankbaren Nachwelt errichtet, wie er in seinem Familienkreise und bei Jedem, der ihm in seinem Privatleben näher stand, ein gesegnetes Andenken hinterlassen hat."

Rußland.

Warschau, 19. November. (Pl.) Der Fürst-Statthalter von Polen hat auf die von einzelnen polnischen Flüchtlingen eingebrachten Amnestie-Gesuche sich veranlaßt gefunden, in Gemäßheit der diesfällig bestehenden Verordnungen eine allgemeine Aufforderung an sämmtliche russisch-polnischen noch im Auslande befindlichen politischen Flüchtlinge in die Zeitungen einrücken zu lassen, wodurch selbe angewiesen werden, sich unverzüglich in ihr Vaterland zurückzubegeben, und worin erinnert wird, daß die Dawiderhandelnden den in vorerwähnten Verordnungen vorgeschriebenen Strafen unterzogen werden sollen.

Gedanken zur Pairie.

(Aus Ostpreußen mitgetheilt.)

†* Wer von einem ruhigen, freien und daher übersichtlichen Standpunkte aus den Kampf und die nothdürftige Entscheidung in der zweiten Kammer über die Bildung einer ersten Kammer betrachtet, dem drängen sich Sorgen und Befürchtungen mancherlei Art auf; denn durch den Kampf der conservativen Parteien hindurch erblickt man die frohlockende Miene des Revolutionairs, der sich nach dem Knüttel neuer, demokratischer Agitation umsieht, um auf seine sich streitenden und gegenseitig schwächenden Feinde rechtzeitig loszuschlagen.

Und warum der Widerwille gegen eine gesicherte, erbliche Vertretung des großen Grundbesitzes, dessen Berechtigung und Nutzen anerkannt wird; — warum selbst der Widerstand gegen eine Wahl-Pairie auf weiterer Basis — von Leuten, die die Monarchie ernstlich und aufrichtig conserviren wollen? — Die „neuen Götter" wollen allein die Herrschaft! Es ist die neue Aristokratie des Geldes, des beweglichen Vermögens, welche unter dem Panier und der Firma des gleichberechtigten Staatsbürgerthums leider zu oft nur als beschränkte Bourgeoisie für eigennützige Interessen kämpft. — Aber warum soll nicht eine neue Macht die Welt gestaltend beherrschen; ist der Wechsel nicht die nothwendige Bedingung dieses vergänglichen Lebens; ist das bewegliche Vermögen, die Geldmacht, nicht auch mit dem Bestand des Staats durch Fabriken, Handel, den Cours der Staatspapiere — enge verbunden; fehlt es ihr denn an Einsicht, um überzeugt zu sein, daß in Preußen z. B. die Monarchie mit dem überwältigenden Instinkt einer vox populi vox Dei unabweislich gefordert wird, und bietet diese Einheit der Macht einer Monarchie nicht die Garantieen der Sicherheit und Dauer, die für sie eine Frage der Existenz ist; ist der Mittelstand nicht die breite Basis, die imposante Macht der Neuzeit, die sich auf Tausende von Bajonetten der Nationalgarde stützet, welche auch den Gewürzladen und die Werkstätte beschützen müssen?! — So sprachen und dachten und hofften Viele nach der Juli-Revolution in Frankreich. Der neue Bürgerkönig bestieg den Thron, obgleich er ein Bourbon war. — Er hat seine Pflichten gegen die erfüllt, die ihn erhoben. Die 5procentige Rente ist nicht herabgesetzt worden, er hat gethan, was er konnte, und hat nebenbei, als guter Hausvater, für alle seine Kinder gesorgt. Nach 18 Jahren ließ die neue, weithin gepriesene sogenannte alleinige Macht und Unterlage des neuen Staats ihren König leichtsinnig fallen und ruhig nach England ziehen — — und jetzt denkt die alte Aristokratie, die ihren König nie vergessen und aufgegeben — getragen von den allgemeinen Volkswahlen — mit Aufopferung und Ernst daran, das legitime Erbrecht des Throns wieder zu retabliren, und vielleicht sehen wir bald das drapeau blanc über Frankreich wehen.

Also die Geld-Aristokratie allein ist nicht stark genug, eine Königskrone zu tragen und zu halten in den Zeiten politischer Stürme. — Was läge nun näher, was wäre verständiger, als daß sie der alten Aristokratie brüderlich die Hand reichte zu getreuer Allianz gegen den gemeinsam drohenden Feind, die Demokratie, die nun nicht mehr die für sie dürre Gleichheit der Rechte, sondern die Gleichheit der Genüsse fordert. — Ständen diejenigen, welche selbst gegen erbliche Wahl-Pairs für die erste Kammer so aufgeregt ankämpfen, wirklich auf dem gerühmten Standpunkt des Staatsbürgerthums, so würden sie mit unbefangenen Augen die drohende Gefahr für die Monarchie und für sich auffassen und die kleinlichen, neidigen Gefühle, die der Cigarrendampf schmollender und grollender Bürger-Ressourcen ausgebrütet hat, — zum Heil des Vaterlandes in sich bewältigen. — —

Allein, allein, die „neuen Götter" wollen allein regieren und in langen Reihen ziehen die Geheimen Räthe der alten Bureaukratie mit ihrem lange verhaltenen Groll gegen die sogenannten

---

seinen Gläubigern etwas davon zu sagen, schuldet unter Andern dem Drucker seiner „Zeitungshalle" noch fünftausend Thaler. Mehrere Gesinnungsbrüder Julii bedauern lebhaft, nicht eben so viel geborgt zu bekommen.

.˙. Die National-Zeitung ergießt sich in einem zwei Spalten langen Leitartikel, worin sie bekanntlich groß ist, gegen „die Verläumdungen der deutschen Reform," kann aber nebenbei nicht umhin, auch die unvermeidliche Kreuzzeitung mit einigen Tropfen aus der Schaale ihres Zornes zu bespritzen. Unser Glück, daß die Nationale nur eine ganz gewöhnliche Wasserspritze ist und keine — Vitriolspritze.

— Wer noch zweifeln kann, daß die ausgedehnteste Gewissensfreiheit wirklich eine Errungenschaft ist, der lese den Aufsatz in der vorgestrigen Urwähler-Zeitung, worin sich der reformjüdische Redakteur die bis jetzt beispiellose Freiheit nimmt, der ganzen Regierung und überhaupt Allen, die nicht seiner reformjüdischen Meinung sind, ein „böses Gewissen" anzuschachern. Daß die „Frommen," welche nicht gesonnen sind, ihren christlichen Glauben von dem Reformjuden reformiren zu lassen, bei jeder Gelegenheit von Herrn Bernstein gesteinigt werden, versteht sich von selbst, hat aber weiter nichts zu sagen, denn: „wer den Stein in die Höhe wirft, dem fällt er auf den Kopf," sagt Sirach, 27, 28.

† Wir freuen uns aufrichtig, daß dem theuren verdienten Hansemann seine Sinecure bei der Bank gleich bis zum Jahre 1861 gewährleistet ist, und der würdige Greis nun seine irdische Laufbahn ohne Sorgen und unabhängig von dem Wechsel der Geschicke und politischen Parteien wird beschließen können.

.˙. Das bei Tante Voß in der Welle sitzende Lambda, welches beiläufig jetzt auch in eingesandten Artikeln geschoren wird, schwärmt in Nr. 222. für Artikel 17. „Dieser Artikel", zirpt es, „vereinigt sich mit der freien Presse und freien Rede, um das Chinesenthum unmöglich zu machen." — Das Chinesenthum? Stammt unser Lambda, das jetzt wie Turandot in Räthseln spricht, etwa aus dem Chinesischen?

„Da wüßt' ich nichts von China, als es sei
Ein trefflich's Pulver gegen's kalte Fieber."

.˙. Glückliche Tante Voß! Du hast einen weißen Raben, ein Muster von correspondirender Bescheidenheit, zum Potsdamer Mitarbeiter. Dieses Muster hatte berichtet, wurde in der deutschen Reform berichtigt und schreibt nun Pater peccavi, schreibt: „indem wir von unserm Standpunkte aus weder die Zweck-, noch die Unzweckmäßigkeit der qu. Maßregel des Kriegs-Departements zu beurtheilen im Stande sind." — Wir stellen den Antrag, daß dieser fabelhaft bescheidene Zeitungsschreiber, diese „unter Larven die einzige fühlende Brust" auf der nächsten Kunst-Ausstellung als Prachtexemplar gezeigt wird unter den — Lithographieen!

.˙. Die Ostsee-Zeitung will bemerkt haben, daß die constitutionelle Zeitung in Finanzsachen „die Vorschrift: „Richtet nicht, damit Ihr nicht gerichtet werdet", zu befolgen scheine." — Als „Hänschen" das las, bedauerte er schmerzlich, daß in Geldsachen rein alle Gemüthlichkeit aufgehört habe.

.˙. Der Komponist der Haimonskinder, Hr. Balfe, ist hier eingetroffen, um wo möglich seine neue Oper: „Der Mulatte" im Opernhause zur Aufführung zu bringen. Wenn's damit geht, wie mit Gluck's Armide, so kann der Mulatte warten, bis er schwarz ist.

— Ohne Zweifel ist es der reform-jüdischen Urwähler-Zeitung völlig Ernst mit ihrer Abmahnung von jedem Krawall oder Putsche. Denn aus dem Handstreiche könnte am Ende doch wieder ein Belagerungs-Zuständchen und dabei die Urwähler-Zeitung verboten werden. Also Ruhe ist die erste Bürgerpflicht — im eigenen Interesse des Urwählers!

⁂ Wenn der Zuschauer der National-Zeitung ein Körnlein Wahrheit unter die weiße Nase reibt, gleich verschnupft es die zartfühlende Dame, und sie wehklagt empfindlich, daß der Zuschauer schimpfe. Abgesehen davon, daß für gewisse Zeitungs-Flunkerer, so schöne historische Romane aus Ungarn erdichtet und wochenlang fortgesetzt haben, das Nennen beim rechten und wahren Namen allerdings ein Schimpf sein dürfte, verwundert es uns von „nationaler" Seite eben so wenig als von demokratischer, wenn dort vorgehaltene Thatsachen, die man nicht widerlegen kann, für Schimpfreden ausgeschrieen werden. Erst hieß es: der Zuschauer lügt! Aber seit die „kundigen Ungar-Artikel der Nationalen," um die Wette mit den lithographirenden Correspondenzlern, die schlagendsten Beweise beigebracht haben, daß der arme Zuschauer, was das Lügen betrifft, nicht werth ist, Jenen die Schuhriemen aufzulösen, vorausgesetzt, daß sie keine Stiefel tragen, seitdem wendet die Nationale das Blatt, und anstatt der frühern Lesart schreibt sie jetzt: der Zuschauer schimpft. Nebenbei hält sie selbst es jedoch nicht unter der Würde ihrer Gesinnung, nach Herzenslust zu schimpfen auf „das verbündete Junker- und Pfaffenthum" der Neuen Preußischen, vielleicht in der ungemein richtigen Selbsterkenntniß, daß dergleichen in ihrem großen National-Munde nicht geschimpft, sondern gelobt ist. Rohrsperlingen Sie weiter, theure Nationale! Auch wir werden fortfahren, um mit Ihren edlen Fremdworten zu reden, „jede perfide Machination vor das Forum der öffentlichen Meinung zu ziehen," wenn auch nicht in reinem National-Deutsch, doch im Zuschauer-Dialekt, und der Jähzorn, von dem Sie periodisch gegen uns befallen werden, beweist uns zur Genüge, daß dieses „vor das Forum Ziehen" auch wirklich bei Ihnen gezogen hat!

— Der Cölnischen Zeitung ist nachstehendes Schreiben zur Veröffentlichung zugegangen:

Herr Redakteur! Erst heute ist das vom 28. Oktober datirte und in Ihr Blatt eingerückte Schreiben des Herrn Brentano zu meiner Kenntniß gelangt; daher meine verspätete Beantwortung. In diesem verleumderischen Briefe, den Herr Brentano nur geschrieben zu haben scheint, um seine eigenen Unterschlagungen zu verdecken, behauptet dieser frühere Präsident der provisorischen Regierung in Baden, die Summe von 6000 Frs., welche bestimmt war, uns, nämlich mich und meine Gefährten, zu belohnen, um 10,000 Frs. erhöht zu haben. Er spricht außerdem von einer Summe von 160,000 Frs., welche ich verlangt hätte, und welche die provisorische Regierung mir nicht hätte bewilligen können. Dies weicht stark ab von den 1700 Frs., welche ich, wie ich auf Ehre versichere, während des ganzen Feldzuges in Baden für meine Ausgaben als Obergeneral verwendet habe. Schenken Sie mir gütigst einen Augenblick Ihre Aufmerksamkeit, wäre es auch nur, um Ihre Landsleute von dem Vorwurfe zu reinigen, um einen festgesetzten Preis die feile Ergebenheit eines Ausländers erkauft zu haben.

Es ist nur zu wahr, daß meine erste Sorge, als ich das Commando der Truppen von Baden und der Pfalz übernahm, dahin ging, von der provisorischen Regierung Geld, besonders so viel baares Geld als möglich zu verlangen. Aber die Herren Peter, Goegg, Schlöffel, Reinhard, Chrystowski und insbesondere Brentano, welche den Berathungen beiwohnten, die über diesen Gegenstand im früheren Saale der ersten Kammer am Morgen meiner Abreise zur Armee Statt hatten, wissen sehr wohl, daß es sich um die Mittel zur Kriegführung handelte, keinesweges aber um eine Belohnung für mich oder sonst Jemand. Der beste Beweis davon liegt in der Assimilation jenes Credits mit dem, welcher in der That von der sicilianischen Regierung für die Ausgaben des Corps bewilligt ward, das ich in Sicilien befehligt habe. Ich protestire blos gegen die höhnische und böswillige Deutung, welche Herr Brentano meinen Worten in dieser Beziehung giebt. Durch die genannten Herren, welche gar keine bestimmte Idee über den Gegenstand hatten, zur Festsetzung der Ziffer der unverzüglichen Ausgaben eingeladen, führte ich ihnen Sicilien an, welches in einem ähnlichen Falle 16,000 Unzen oder 160,000 Frs. in zwei Wochen für ein Corps verausgabt hatte, das an Zahl um die Hälfte geringer war, als jenes, welches ich am Neckar befehligen sollte; dies ist Alles. Nach langen Debatten, wobei man für meine Rathschläge eine so unbedingte Rücksichtnahme kund gab, daß darin die beste Antwort liegt, welche ich auf die nachträglichen Beargwohnungen des Herrn Brentano geben kann, kam man überein, daß die Minister unverzüglich einen auf meine Veranschlagungen gestützten Credit von der Kammer fordern sollten, ohne indessen den Erfolg ihres Schrittes verbürgen zu können. Ich reiste daher nach Heidelberg ab, nachdem ich an dieser Berathung den ganzen Antheil genommen hatte, welcher einem Anführer obliegt, der erkennt und voraussieht, was das Einrücken eines Heeres von 20,000 Mann ins Feld noch außer den gewöhnlichen Ausgaben kostet, und der sehr bestürzt ist, aus dem Munde der Minister zu vernehmen, daß die Cassen dieser Armee beinahe leer sind. Man muß sonderbare Ideen von den mir übertragenen Functionen haben, um sich darüber zu wundern, daß ich wegen des unerläßlichen Mittels, sie zu vollführen, in Besorgniß war; aber ich enthalte mich, die Zerstreuung eines Präsidenten der Regierung zu qualifiziren, welcher eine Frage der öffentlichen Finanzen, eine Veranschlagung des Einrückens ins Feld für 20,000 Mann mit einem persönlichen Schritte verwechselt. Eben so gut könnte man sagen, daß Hr. Brentano selbst diesen Credit in der Kammer nur gefordert habe, um das Geld in seine Tasche zu stecken. Ich ziehe es vor, mich zu erinnern, wie an jenem Tage Herr Brentano so leidend war, daß man Mühe hatte, ihn aus seinem Bette zu bringen, daß er die französische Sprache, worin wir beriethen, nur schwer versteht und daß er mir den Kopf verloren zu haben schien unter dem Eindrucke der Gefahren, welche sein Land bedrohten.

Am zweiten Tage nach meiner Ankunft im Hauptquartiere von sämmtlichen Streitkräften der Coalition angegriffen und seitdem durch meinen Beruf als Soldat gänzlich in Anspruch genommen, bin ich in völliger Unkenntniß von dem, was diese Herren für die Finanzen der Armee thaten. Ich hatte mein Gutachten abgegeben; das Uebrige ging mich nicht an. Die einzige Summe, wovon ich Kenntniß habe, ist jene von 10,000 Gulden, welche für den Dienst des Generalstabes verwendet ward und worüber der Capitain Zuckowski in seiner zu Bern veröffentlichten „Darlegung der Ereignisse in Baden" genaue Rechenschaft abgelegt hat. Die einfache Lesung dieser Schrift würde Herrn Brentano eine Verleumdung und einen dummen Streich erspart haben. Diese Summe wurde dem Schatzmeister des Generalstabes, dem Capitän Adolph Chrystowski, anvertraut, welcher 3400 Gulden davon auf die Anweisungen der verschiedenen Dienst-Chefs, sämmtlich von mir oder dem General-Adjutanten Sigel unterzeichnet, verabfolgen ließ. Die Casse, welche die übrigen 6600 Gulden enthielt, wurde vom Capitän Chrystowski dem Kriegs-Minister Werner, in Gegenwart meines Nachfolgers Sigel, einer Menge von Offizieren und Beamten, in der nämlichen Stunde zugestellt, wo ich am 1. Juli zu Offenburg meine Entlassung nahm. Die Entblößung der Demissionäre war übrigens so gut bekannt, daß der Kriegs-Minister, ohne daß ich ihn darum anging, uns auf die ihm zugestellte Casse 1300 Gulden zur Vertheilung unter Alle bewilligte. Dies ist die reine und ganze Wahrheit. Hr. Brentano kann über diesen letzteren Umstand in Unkunde sein, da er die Geschäfte und das badische Land vor meiner Niederlegung verlassen hatte; die widersinnige und unloyale Weise aber, wie er den ersteren auszulegen sich erlaubt hat, läßt sich von Seiten eines Ehrenmannes nicht erklären.

Was Hrn. Raveaux angeht, so weiß ich nicht, mit welchem Rechte er es wagt, sich zum Herausgeber der verleumderischen Mährchen des Hrn. Brentano zu machen; denn er war während meines Commando's aus Baden abwesend, und ich habe ihn in meinem Leben nicht gesehen.

Nicht also, um mich zu beklagen — denn ein besiegter Aufstand schuldet seinen Dienern nur den Tod oder die Aechtung nebst der Armuth —, sondern zur Ehre dieses Aufstandes selbst halte ich gewissenhaft jedes Wort meines Schreibens vom 30. September aufrecht, mit Ausnahme der Erläuterung, die ich darüber in der „Reforme" bezüglich der Herren Schütz und Blind gegeben habe. Meine persönliche Vergütung für den ganzen Feldzug in Baden beschränkt sich auf 1700 Franken, wovon 1100 der von der badischen Regierung nach Paris übersandten Summe von 6000 Frcs., um die polnischen Offiziere von dort kommen zu lassen, entnommen wurden; die anderen 600 Frcs. fielen mir als Antheil von den 1300 Gulden zu, welche der Kriegs-Minister zu Offenburg bewilligte. Alle Zeugen, welche ich in dieser Antwort auf die Verleumdung des Herrn Brentano angeführt habe, sind am Leben.

Genehmigen Sie, ꝛc.

Louis Mieroslawski.

— Gestern Abend gegen 10 Uhr brach im hiesigen Charité-Krankenhause Feuer aus, das durch die herbeigeeilten Spritzen schnell gelöscht wurde. Hoffentlich wird der Schreck ohne nachtheiligen Einfluß auf die Kranken gewesen sein.

Junker heran. — Ei nun, das Junkerthum ist allerdings eine schlimme Dissonanz und widerstrebt gewiß der verhofften Harmonie des neuen Staats. Wie ist nun aber dieser so vielfach angefeindete Junker groß gewachsen? Er ist erwachsen aus der politischen Unbedeutendheit, in der ihn ein absolutistisches Regiment niedergehalten und zugleich hat die aus einer gezwungenen Isolirtheit entsprungene, sociale Anmaßung ihn bei dem Bürgerthum ruinirt; denn eine jede junge Macht ist reizbar und gar sehr empfindlich. Es ist aber vielleicht die Grund- und Geschlechts-Aristokratie eben nur noch in einer gesellschaftlichen Karrikatur — als ein Junkerthum — vorhanden? — Keinesweges — sie ist auch als eine Macht, in Geist, Form und Berechtigung, vorhanden. — Sie herrscht in der Armee, sie hat trotz der Wühlereien der Demokraten einen zahlreichen Anhang in den niederen Schichten des Volks. Noch nie ist eine berechtigte Macht ohne Nachtheil in der Politik ignorirt worden und es wird daher am Ende leider heißen: Eine friedliche Allianz oder ein langer Krieg.

Ist denn aber keine Errettung aus dem beschränkten Bürger- und einem anmaßenden Junkerthum? Ist denn kein Ausweg zu einem, alle conservativen Elemente des Besitzes einigenden, Staatsbürgerthum, das in der Mannigfaltigkeit des Lebens sich organisch gestaltet? Allerdings ist eine Hülfe durch neue Begründung einer politisch berechtigten Grund-Aristokratie vorhanden, und wird sich dann der Gentleman daneben aus dem selbstständigen und gebildeten Bürgerthum und den Reminiscenzen und der Feinheit der feudalen Aristokratie — entwickeln. — Das ist der Weg Englands aus dem isolirenden mittelalterlichen Staat zu den bindenden Formen eines auf dem Grunde der Nationalität ruhenden Gemeinwesens, das eine Monarchie zu tragen befähigt ist. — —

Kammerbericht.

Erste Kammer.

Berlin, den 22. November. 71. Sitzung.

Der Präsident v. Auerswald eröffnet die Sitzung 10¼ Uhr. — Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Am Ministertische sitzen die Herren Graf v. Brandenburg, Simons, v. Manteuffel, v. Schleinitz. — Das Urlaubsgesuch des Abg. Grafen von Rittberg wird genehmigt.

Die Kammer geht zur Tagesordnung über, zur Fortsetzung der Discussion über die Art. 62 bis 65 der Verfassungs-Urkunde, betreffend die Bildung der ersten Kammer.

Abg. Dahlmann. In England haben auch Jahrhunderte dazu gehört, um die Verhältnisse und Rechte in der Nation auf eine Alle befriedigende Weise festzustellen. Dort steht ein uraltes Königthum, geachtet von jedem Stande, und eine Geburtsaristokratie, die sich im Lauf der Zeit der beiden Stacheln entledigt hat, welche drückten nach oben das Königthum, nach unten die andern Stände. Das englische Volk sieht sich in seinem Unterhause vollkommen dargestellt und das wollte man auch in Deutschland erringen und nannte darum dieses Haus das Volkshaus. In Bezug auf Preußen wäre es in der geistig gehobenen Zeit gleich nach dem Befreiungskriege möglich gewesen, eine Pairie zu schaffen, die mit den alten und den neuen gefeierten Namen hätte politische Wunder schaffen können. Was damals, was vielleicht noch 1840 möglich gewesen, ist heute zur absoluten Unmöglichkeit geworden. Wo sind die dazu nothwendigen politischen Größen? Wollte der Adel als solcher jetzt noch in der Kammer sitzen, er würde immer eine gehaßte Kammer in der Kammer sein, er würde zu seinem Nachtheile an das Beispiel Englands erinnern, wo die älteren Söhne ausgestattet werden auf Kosten der jüngeren. — Vergessen wir nicht die Hauptsache, daß im englischen Oberhause auch stets Größen, die zu allen Zeiten und Orten Größen sein würden, sitzen; welche jämmerliche Rolle würden dagegen unsre 8000 Thaler Männer bilden? Als Lord Sunderland eine Pairie schaffen wollte, die ähnlich sein dürfte jenen 8000-Thaler-Männern, sagt Sir Robert Walpole, in dem Falle wird nicht mehr Ehre und Verdienst im Oberhause, sondern der Erbe eines verblichenen Mannes sitzen. Es ist nothwendig, daß der Regierung die Macht bleibt, das Beste aus dem Volke in die 1ste Kammer zu schicken, auf daß sie etwas Lebendiges bleibe und nicht in eine Kaste ausarte. Die gefährliche Einrichtung in England, nach welcher die Königlichen Prinzen Sitz und Stimme im Oberhause haben, darf, abgesehen von ihrer Gefährlichkeit für den Willen des Königs und die Verantwortlichkeit der Minister, um so weniger hier Nachahmung finden, als dadurch eine Pairie doch nicht geschaffen wird. Gleichviel ob die Prinzen thätig oder lässig sind, immer wird hier eine Quelle der Intrigue und Verläumdung geöffnet werden, die besser uneröffnet geblieben wäre. Die Ehrfurcht vor dem Könige, die Achtung vor dem Königlichen Stamme bestimmt mich, gegen den Eintritt der Prinzen in die 1ste Kammer zu sprechen. Ich würde nicht rathen, nach demselben Modus beide Kammern zu wählen, schon darum nicht, weil eine Möglichkeit wäre, daß das conservative Element in der einen, das entgegengesetzte in der andern Kammer vorherrschend, eine Einigung also nicht zu erzielen wäre. Möge man höhere Anforderungen an die in die erste Kammer zu Wählenden stellen, wie höheres Lebensalter, wichtigere Functionen, größeres Vermögen; aber gerade weil ich für solche höhere Anforderungen stimmen würde, muß ich mich auch gegen eine Vermehrung der Zahl erklären. Am wenigsten werde ich gleichwohl der Interessen-Vertretung geneigt sein. Es ist dies eine künstliche Mühwaltung, die Etwas hervorbringt, was ohne dieselbe doch geworden wäre. Ich werde erinnert an jenen Maler, der, als er einen Kahn gemalt hatte, darunter schrieb: Dies soll ein Kahn sein. Den Reichthum als solchen principiell zu bevorzugen, ist ein Unglück, wenn ich gleich zugebe, daß eine glänzende Ausstattung von Gütern höhere Bildung bedingen kann. Mir würde Recht scheinen, wenn die Mitglieder der ersten Kammer gewählt würden von den Vertretungen der Provinzen, sie würden einen lebendigen Ausdruck des Volkes in seiner provinziellen Verschiedenheit abgeben. Es ist ein großer Uebelstand, daß wir noch keine Gemeinde-Ordnung, keine Kreis- und Provinzial-Vertretung haben, daß wir bei der Wahl ihnen noch einen Census substituiren müssen. Für einen Uebelstand halte ich, daß unsere Geschäfts-Ordnung nicht eine zweite Lesung über die Artikel, welche „von den Kammern" handeln, zuläßt; aber für ein Glück würde ich halten, wenn wir unser diesfallsiges Votum mit einer großen Einmüthigkeit abgeben.

(Fortsetzung morgen.)

B e r i c h t i g u n g.

In unserem gestrigen literarischen Artikel soll es heißen, Graf Strachwitz sei eine stolze „N a t u r" gewesen, nicht S t a t u r.

Inserate.

(Für den folgenden Theil der Zeitung ist die Redaction nicht verantwortlich.)

Nachstehende Adresse, die Civil-Ehe betreffend, aus der zum Demminer Kreise gehörigen pommerschen Enklave — Kirchspiel Zettemin — im Mecklenburgischen, ist an die 2te Kammer und gleichzeitig Abschrift davon an das Staatsministerium unter beigefügtem Begleitschreiben eingesandt worden.

Hohe Versammlung!

Unter den mancherlei bedenklichen Erscheinungen dieser Zeit, welche auf politischem, wie auf kirchlichem Gebiete unser Volksleben mit Unheil bedrohen, erfüllt uns besonders der in der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezbr. v. J. ausgesprochene Zwang zur Civil-Ehe mit gerechter Besorgniß.

Wenn es unbezweifelt die Aufgabe der Gesetzgebung ist, die Verfassung den wirklichen Bedürfnissen des Volks möglichst entsprechend einzurichten, so können wir mit voller Wahrheit betheuern, daß ein Bedürfniß zur Civil-Ehe, wie es §. 16. der Verfassungs-Urkunde vorauszusetzen scheint, bei uns nicht nur nicht vorhanden ist, sondern daß eine solche Nöthigung zu derselben dem sittlichen Bewußtsein und christlich-religiösen Bedürfniß aller Bessergesinnten zuwider und nur etwa den Gelüsten derer entsprechend ist, die im Geiste dieser Zeit alle Bande christlicher Zucht und Ordnung in kirchlichen wie in bürgerlichen Verhältnissen zu zerreißen wünschen.

Wir können aber nimmermehr glauben, daß es Absicht der hohen Kammer sein könne, solchen Gelüsten Einzelner mit Verletzung vieler Gewissen zu willfahren.

Wir fühlen uns daher gedrungen, eine hohe Kammer inständigst zu bitten:

bei der vorliegenden Berathung und bevorstehenden Beschlußnahme über diesen hochwichtigen Gegenstand vorbeugen zu wollen, daß nicht durch Bestätigung des laut §. 16. in der Verfassungs-Urkunde angeordneten Zwanges zur Civil-Ehe die Heiligkeit des christlichen Ehestandes, das Glück der Familien und dadurch die Wohlfahrt des Staates aufs Aeußerste gefährdet und noch mehr, als bisher schon geschehen, untergraben werde.

Zettemin, 14. Nov. 1849.

Die Bewohner der vorpommerschen Enklave in Mecklenburg.

Folgen die Unterschriften von allen Klassen der Einwohner: aus Zettemin 66, aus Rothmannshagen 53, aus Rützenfelde 27, aus Pinnow 20, aus Duckow 37.

Hohes Staatsministerium!

Die große Bekümmerniß, welche allenthalben unter unserem Volke durch die nach der Verfassungs-Urkunde, wie nach den bisherigen Beschlüssen der Kammern zu erwartende, abgelöste Stellung von Kirche und Schule und Verhältniß beider zum Staate, so wie insbesondere durch die in Aussicht gestellte allgemeine Einführung der Civil-Ehe und Zurückstellung der kirchlichen Copulation, in den Gemüthern erregt worden ist, — hat auf die Bewohner der altvorpommerschen Enklave in Mecklenburg — Kirchspiel Zettemin — gedrängt, eine Adresse an die 2te Kammer, im Hinblick auf die dort noch zu fassende Entscheidung, zu fertigen, welche wir, dem Wunsche der Unterzeichner gemäß, einem königl. hohen Staatsministerio zu hochgeneigter Einsicht und Berücksichtigung hiermit in wörtlich treuer Abschrift ehrerbietigst überreichen.

Möge auch dies schwache Zeugniß einem hohen Staatsministerio Beweis sein, wie auch wir Enklave-Bewohner mit dem bei weitem größten Theile unseres Volkes als rechte Preußen dank- und vertrauensvoll zu hochdemselben aufblicken in der festen Zuversicht, hochdasselbe werde auch in der vorliegenden hochwichtigen Angelegenheit die heiligen Rechte des Volks, das, wie seine Väter, ein christliches bleiben will, gegen die Gelüste irreligiöser und anarchischer, auf Entchristlichung des Staats gerichteter Bestrebungen, wie bisher, auch fernerhin kräftiglichst wahren und somit fortfahren, sich um König und Volk, um Staat und Kirche wahrhaft verdient und der Segnungen aller christlich Gesinnten in reichem Maaße theilhaft zu machen.

Zettemin, im November 1849.

H. v. Maltzahn. Tauscher.

An
das hohe k. Staatsministerium in Berlin.

— Die Ehen, sagt man, werden im Himmel geschlossen, — ob alle? Manche mag auch wohl anderswo geschlossen sein! Aber gewiß hängt davon, wo und wie die Ehe geschlossen wurde, sehr viel für die Würdigung der christlichen Ehe ab. — Wollte nur mancher Mann hier in seinen Busen greifen und sich erinnern, wo und wie sein Herzensbund geschlossen wurde, — er würde vielleicht Bedenken tragen, sich öffentlich mit solcher Wärme für die Einführung der Civil-Ehe zu interessiren.

Die Civilehe

trägt als eine Nothwendigkeit ihre Berechtigung in sich selbst. Der gewissenhafte Mann, der mit der Kirche einmal zerfallen ist, darf und soll nicht zu einer kirchlichen Handlung gezwungen werden, die für ihn keine Bedeutung hat. Den Kranken und Schwachen, welchen die Kirchenluft so leicht den Schnupfen zuzieht, soll die warme Stube des Dorfschreibers als behagliche Zuflucht gewährt werden. Den Fleischlichgesinnten, den Juden und Judengenossen soll die Möglichkeit gegeben sein, in legaler und anständiger Weise um die Schmach des Concubinats herumzukommen. Kurz, der Unkirchlichkeit in edlerer wie in gemeinster Gestaltung biete die Civilehe das Mittel dar, dem kirchlichen Zwange sich entziehen zu können.

Aber ihr Männer des Rechtsstaats, ihr centralen Säulen des Volksheils, wie mögt ihr's verantworten, daß ihr den Unkirchlichen volle Freiheit gewährt, und den kirchlich Gesinnten so widerwärtigen Zwang auferlegt? Wie mögt ihr's verantworten, daß ihr die Christen aus dem Gotteshause heraus- und in die Zufluchtsstätte der Glaubenslosigkeit hineinzwingt? Uebt ihr so Gerechtigkeit nach Rechts und Links? Nennt ihr das Freiheit nach beiden Seiten? Wohlan! Mit dem Civilehezwange habt ihr der kirchlichen Gesinnung den Fehdehandschuh hingeworfen. Seid dessen gewiß, er wird aufgenommen werden hier und dort und überall. So lange ihr noch nicht der Kirche ein anderes Trauformular aufgezwungen habt, so lange noch das eidliche Gelöbniß auf unverbrüchliches Festhalten an der Agende der unirten Kirche den gewissenhaften Geistlichen bindet, so lange werdet ihr dem Geistlichen das Recht zugestehen müssen, den Civilehelichen die kirchliche Trauung zu versagen. Der Unterzeichnete wenigstens erklärt fest und besonnen, daß er sich nicht dazu verstehen könne, denen, die schon als gesetzliche Eheleute im Gotteshause erscheinen, aus der Agende die fortan sinnlose Frage vorzulegen, ob sie einander zu ehelichen entschlossen seien. Ruhig wird er abwarten, welche „Hausmittel" die moderne Gesetzgebung zum Lobe der Freiheit anwenden werde, um ihn zum Eidbruch zu zwingen.

Hanshagen bei Greifswald, den 18. November 1849.

G. A. Wollenburg,
Pastor.

Ein Rittergut

in dem schönsten Theile Niederschlesiens, an der sächsischen Grenze, mit brillantem herrschaftlichen Schloß, massiven Wirthschafts-Gebäude und Park-Anlagen, 25 Minuten von einem Bahnhofe, welches im Ganzen 1370 M., darunter 720 M. Ackerland, Weizenboden, 180 M. gute Wiesen, das Uebrige Wald, zum Theil mit schlagbarem Holz, Teiche und 350 Thlr. baare Gefälle hat, ist mit einer Anzahlung von 25,000 Thlr. sogleich zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt der Besitzer auf portofreie Anfragen unter Adresse F. v. C. poste restante Görlitz.

Das bereits angekündigte Concert von Josef Gung'l zum Besten des Vereins zur Erziehung verlassener Kinder zum grünen Hause findet heut im Sommer'schen Lokal bestimmt statt. Anfang 7 Uhr. Eintrittspreis, ohne der Wohlthätigkeit Schranken zu setzen, ist 5 Sgr.

Der Vorstand des oben genannten Vereins.

Köln-Münster-Vieh- und Hagel-Versicherungs-Verein.

Bei der am 10. d. Mts. abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrathes wurde mitgetheilt, daß der Verein jetzt auch in der Provinz Pommern definitiv ins Leben getreten, indem die Vieh-Versicherungs-Summe von 250,000 Thalern erheblich überschritten sei.

Es sind seit der letzten Sitzung (8. Oktober) 60 Unfälle angemeldet worden mit einem Werthe von 2660 Thlr., nämlich: 13 Pferde mit 1090 Thlr., 33 Stück Rindvieh mit 1455 Thlr., 5 Schweine mit 75 Thlr., 1 Schaaf mit 3 Thlr. und 8 Ziegen mit 37 Thlr.

Davon kommen auf die verschiedenen Provinzen wie folgt:

A. Auf die Rheinprovinz: 10 Pferde mit 925 Thlr. an: Blutschlag, rheumatischer Lähmung, rasendem Koller, Erlahmung, 2 Mal Kolik, Sehnenklappe, äußerer Verwundung mit hinzugetretener innerer Entzündung, tonischem Krampf aller Glieder und Beinbruch. 30 Stück Rindvieh mit 1340 Thlr., an: Darm- und Bauchfell-Entzündung, Blutschlag, Verwachsung des 1. u. 2. Magens mit dem Zwerchfell, 5 Mal Milzbrand, 3 Mal Lungenseuche, Verletzung durch Sturz, Auszehrung, Hornstoß, Herzleiden durch verschluckten Nagel, Brüllsucht, laufendem Feuer, Lungenfäule, 2 Mal Lungen-Entzündung, Verschlucken einer Kartoffel, chronischem Durchfall, Abzehrungskrankheit, unheilbarer Verletzung beim Stier, chronischer Nieren-Entzündung, knotiger Lungenschwindsucht und Vereiterung des Kehlkopfes und chronischem Lungenleiden. 2 Schweine, an: Lungenseuche und Pfotenkrampf. 3 Ziegen, in Folge Werfens, Kopfgeschwulst und plötzlichen Tod.

B. Auf Westfahlen: 2 Pferde mit 115 Thlr., an Erlahmung und asthenischer Lungen-Entzündung. 3 Stück Rindvieh mit 115 Thlr., an: 2 Mal Blutschlag und Leberentzündung. 3 Schweine, an Lungensucht und 2 Mal Bräune. 1 Schaaf an Drehkrankheit. 5 Ziegen an Darmentzündung, Lungen-Entzündung, Verstopfung, Leibes-Entzündung und plötzlichen Tod.

C. Auf Brandenburg: 1 Pferd mit 50 Thlr., an Kolik.

In 4 von diesen 60 Fällen mußte die Entschädigung verweigert werden, weil die Policen noch nicht in Kraft getreten waren; die übrigen sind, bis auf einen noch in kurzer Behandlung verbleibenden Fall, bereits sämmtlich zur Zahlung angewiesen.

Der Beschluß der Generalversammlung, wonach dürftigen Vereinsmitgliedern sofort die ganze Entschädigung ausbezahlt werden kann, kam in 34 Fällen zur Anwendung.

Der ganze Werth der Thiere, für welche bis jetzt Entschädigung geleistet wurde, beträgt pp. 8900 Thlr.

Auch sind noch 2 Hagel-Unfälle vorgekommen, auf Gerste und Sommersaamen. Dieselben sind ebenfalls geordnet.

Dieses Monats-Resultat beweist aufs Neue die Gemeinnützigkeit des Instituts und berechtigt zu der Hoffnung, daß die Theilnahme an demselben eine immer größere Ausdehnung gewinne.

Köln, 15. November 1849.

Die Direction.

Gestern habe ich einen **größeren Posten Spickgänse** erhalten und kann dieselben als **ganz vorzüglich schön** empfehlen.

F. Uiquet,
Jägerstraße Nr. 41., der Königl. Bank gegenüber.

Vorgekommenen Mißverständnissen zu begegnen diene meinen werthen Kunden zur Nachricht: daß meine **Porzellan-Malerei & Handlung** Firma **E. Clar** vormals **Müller** nicht verlegt ist, sondern **noch unverändert** in der Taubenstraße Nr. 34. von mir einzig und allein fortgeführt wird. Bemerke zugleich, daß ich jetzt im Stande bin alle Arten Malereien, insbesondere Radierungen, in den verschiedenartigsten Farben und Mustern **zu bedeutend billigeren Preisen** herzustellen. Eigene Malereien auf Porzellan werden aufs Sorgfältigste gebrannt, geschmackvoll und billigst decorirt.

E. Clar, Taubenstraße Nr. 34.

Für Schaafzüchter.

Verschiedenartige Apparate zum Zeichnen der Schaafe sowohl mittelst Auskerben, als auch Tätowiren mit Buchstaben oder Nummern, sind wiederum vorräthig.

J. Amuel, Hofmechaniker &c.,
Königsstraße Nr. 33., Ecke der neuen Friedrichsstraße.

Fette grosse Böhmische Fasanen, frische Rebhühner, grosse Rügenwalder Gänsebrüste, ächte Braunschweiger Cervelat-, Trüffel-Leber- und Zungenwurst, sehr schönen geräucherten Weser-Lachs, grosse Neunaugen empfing und empfehle extragrosse Italienische Maronen, Spanische Weintrauben, Messinaer Apfelsinen, Schaalmandeln, neue Traubenrosinen und Feigen.

Louis Cornand,
Behrenstrasse 1a., Wilhelmsstrassen-Ecke.

Rüben- und Kartoffelschneide-Maschinen,

in Preußen garantirt, als die besten aller bisherigen anerkannt, sind, so wie **vorzügliche Handschrotmühlen mit Mühlsteinen,** jetzt wieder vorräthig.

J. Amuel,
Hofmechaniker und Hoflieferant Sr. Maj. des Königs,
Königsstraße Nr. 33.

Cattune in den neuesten Mustern, ächtfarbig, à 1½, 2, 2½, 3, 3½, 4 und 5 Sgr.
die Elle bei
Wallach & Ostwalt,
Jägerstraße **36.,** neben der Königlichen Hauptbank.

Korb-Möbel

in neuester, gothischer und antiker Façon, elegant und dauerhaft gearbeitet, in großer Auswahl vorräthig, als: Sopha von 7 Rt. an, Arm-, Lehn- und Tafel-Stühle von 2⅔ Rt. an, Sessel von 2 Rt. an, Kaffee- und Blumentische, so wie Ständer, Lauben, Epheuwände und Ofenschirme, Kinder-Sopha und Stühle, Tische u. s. w. zu den billigsten Preisen empfiehlt der Korb-Meubel-Fabrikant

Ed. Gallisch, Markgrafenstraße Nr. 33.

Briefe und Geld erbitte franco.

Direct aus Genf

erhielt ich große Sendungen der feinsten und solidesten Cylinder- und Anker-Uhren, für deren Güte und Richtiggehen ich garantire, und empfehle goldene Cylinder-Uhren, Messing-Couvets, in 4 Rubinen gehend, von 20 Rt., und mit Gold-Couvets von 24 Rt., geld. Anker in 13 Rub. von 34 Rt., silb. Cylinder von 11 Rt. und mit Goldrändern von 12 Rt. an, Repitir-, Cylinder-, so wie die nobelsten emaillirten Damen-Uhren bis zur kleinsten Sorte, in Armbändern zu tragen, zu wirklichen Fabrikpreisen.

Genfer Uhren-Niederlage
von A. M. Goldhorn,
Königsstr. Nr. 30., Ecke Neue Friedrichsstraße.

8/4 breite bunte gemusterte **warme Fußdecken,** à Elle von 7½ Sgr., so wie 10/4 breite desgl., von 10 Sgr. an, empfehlen:

B. Burchardt u. Söhne,
Spandauer Straße Nr. 50.

Zum herannahenden Winter

empfehle ich die von mir seit 20 Jahren von Hundehaar und Gichtwolle fabricirten **Gobin'schen Gesundheits-Sohlen, Zehwärmer, Bamboschen und Strümpfe, so wie Doppel-Filzschuhe** in allen Größen im Einzelnen und für Wiederverkäufer.

Eduard Noack,
Hutmacher Sr. Maj. des Königs,
Spittelmarkt- und Kurstraßen-Ecke Nr. 3

Preis-Verzeichniß

der ausschließlich französischen privilegirten, erprobten und von der medizinischen Fakultät als ganz unschädlich erklärten vegetabilischen

Bart- und Haar-Färbungs-Tinktur und zur Conservation der Haare,

die einen solchen Ruf bekommen hat, daß kein anderes Mittel weiter angewendet wird.

Um Kopfhaar-, Backen- und Schnurrbart ohne Schwierigkeit beinahe augenblicklich auf das Schönste hellbraun, dunkelbraun oder schwarz zu färben . . . . à 2 — 5 Rt.
Um einem Damen-Scheitel für ein Jahr die schönste Farbe zu geben . . . . à 1 Rt. 10 Sgr.
Um einen vollständigen Backen- und Schnurrbart für ein Jahr zu färben . . . . . . à 1 Rt. 10 Sgr.
Um einen Schnurrbart für ein Jahr zu färben à 15 Sgr.

Bei Abnahme von 1 bis 5 Dutzend findet eine Preis-Ermäßigung von 20 % statt.

Bei Abnahme von 6 bis 10 Dutzend findet eine Preis-Ermäßigung von 25 % statt.

Nur **ächt** zu haben bei **LOHSÉ,**
Jägerstraße 46., (Maison de Paris.)

NB. Bestellungen von außerhalb mit Geldern werden franco erbeten und aufs Schnellste und Reellste ausgeführt, ohne daß Emballage berechnet wird.

∴ Gleichzeitig sind die feinsten englischen und französischen Parfumerien, Wasch- und Rasir-Seifen, Parfums concentrés, de fleurs, Cremes, Stangen-Pomade, Bandauline, Huile antique, Philocome in allen Gerüchen, Rouge et Blanc, Cold-Creame, Kalyder, Eau de vie Lavande double ambrée, Eau de Toilette, Odontine et Elexir, Savon de Naples etc. etc. angekommen, die zu den billigsten Preisen verkauft werden.

Zur Behandlung kranker Thiere empfiehlt sich
Kochstr. 48., 1 Treppe. **Hildach,** Kreis-Thierarzt.

Bei **Ludwig Hold** in **Berlin,** Königsstraße Nr. 62., neben der Post, ist im Jahre 1847 erschienen:

Koppe, J. G., Landes-Oekonomie-Rathe, **Beiträge zur Beantwortung der Frage: Sind große oder kleine Landgüter zweckmäßiger für das allgemeine Beste?**

gr. 8. geheftet. 20 Sgr.

Der Verleger erlaubt sich auf diese, auch heute noch zeitgemäße, Schrift zum allgemeinen Volksbesten und zur Abhülfe der Noth im Preußenlande ganz besonders aufmerksam zu machen.

Familien-Anzeigen.

Die heut Abend 9½ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau Helene, geb. von Bennigsen, von einem gesunden Mädchen, beehre ich mich hierdurch anzuzeigen.

Berlin, den 20. November 1849.

Graf George Pückler,
Lieutenant im 2. Garde-Ulanen-Regiment.

Verlobt: Frl. Emma Maybaum mit Herrn Friedrich Wegener hiers.; Frl. Marie Wutke mit Herrn Bäckermeister Maggraf hiers.

Geboren: Ein Sohn dem Herrn Maler Bellermann hiers.; eine Tochter dem Herrn Lieutenant Graf von Pückler hiers.; Herrn Wilhelm Schröder hiers.

Gestorben: Herr Caffetier Muscow in Charlottenburg; Herr Geh. Rath Coester zu Frankfurt a. O.; Herr Kaufmann Ebert zu Havelberg.

Königliche Schauspiele.

Freitag, den 23. Im Opernhause. 136. Abonnements-Vorstellung: Die Kirmes, Operette in 1 Aufzug, von E. Devrient. Musik von Taubert. Hierauf: Catharina, oder: Die Tochter des Banditen, großes romantisches Ballet in 2 Aufzügen und 5 Tableaux, von J. Perret. (Frl. Lucile Grahn: Catharina, als Gastrolle.) Anfang halb 7 Uhr.

Königstädtisches Theater.

Freitag, den 23. Berlin bei Nacht. Vorher: Herr Lehmann.

Börse von Berlin, den 22. November.

Wechsel-Course.

Amsterdam	250 Fl.	kurz	143⅜ bez.
do.	250 Fl.	2 Mt.	142⅞ bez.
Hamburg	300 Mk.	kurz	150⅜ bez.
do.	300 Mk.	2 Mt.	149⅞ bez.
London	1 Lst.	3 Mt.	6. 26⅜ bez.
Paris	300 Fr.	2 Mt.	80 11/12 bez.
Wien in 20 Fl.	150 Fl.	2 Mt.	93⅜ bez.
Augsburg	150 Fl.	2 Mt.	102⅜ bez.
Breslau	100 Thlr.	2 Mt.	99¼ G.
Leipzig in Court. im 14-Thlr.F.	100 Thlr.	8 Tg.	99⅞ bez.
do.	100 Thlr.	2 Mt.	99⅜ G.
Frankfurt a. M. südd. W.	100 Fl.	2 Mt.	56. 24 bez.
Petersburg	100 SR.	3 W.	107 bez.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.			Zf.	
Freiwill. Anleihe	5	106½ bez.	Ostpr. Pfandbr.	3½	95 G.
St.-Schuld-Sch.	3½	89 bez. u. G.	Pomm. Pfandbr.	3½	95½ bez.
Seeh. Präm.-Sch.	—	101¾ B.	Kur- u. Nm. Pfbr.	3½	95½ bez.
K. u. Nm. Schuldv.	3½	85¾ G.	Schlesische do.	3½	94¼ G.
Berl. Stadt-Oblig.	5	103½ bez.	do. Lit. B. gar. do.	3½	
do. do.	3½	87½ B.	Pr. B.-Anth.-Sch.	—	93¾ bez.
Westpr. Pfandbr.	3½	89¼ G.	Friedrichsd'or	—	113½ bez.
Grossh. Posen do.	4		And. Goldm. à 5 th.	—	112 1/12 bez.
do. do. do.	3½	90 G.	Disconto	—	

Eisenbahn-Actien.

	Zf.			Zf.	
Berg.-Märkische.	4	48 bez.	Magdeb.-Wittenb.	4	66 bez. u. G.
do. Prior.	5	100 B.	Mecklenburger	4	36 B.
Berl.-Anh. A. B.	4	86 G.	Niederschl. Märk.	3½	83⅜ bez.
do. Prior.	4	93¾ bez. G.	do. Prior.	4	93⅜ bez. u. G.
Berl.-Hamburger	4	81 B.	do. Prior.	5	102⅞ bez.
do. Prior.	4½	98¼ bez.	do. 3. Serie	5	102 B.
do. 2. Em.	4½	96 B.	N. Schl. M. Zwgb.	4	31 B.
Berl. Potsd. Mgdb.	4	64 B.	do. Prior.	4½	82 G.
do. Prior.	4	91¾ B.	do. Prior.	5	88 G.
do. do.	5	101½ bez. G.	do. St. Prior	5	
do. do. Lit. D.	5	97⅞ G.	Oberschl. Litt. A.	3½	108⅞ bez.
Berl.-Stettin	4	104¾ a 105 bz.	do. Litt. B.	3½	105⅜ bez. u. B.
do. Prior.	5	104¾ G.	do. Prior.	4	
Bonn-Cölner	5		Prz. W. (St. Voh.)	4	34 B.
Breslau-Freiburg	4		do. Prior.	5	94 G.
Cöln-Minden	3½	94¼ a ½ bez.	do. II. Serie	5	84 B.
do. Prior	4½	100½ b. B.	Rheinische	4	47 B.
do. do.	5	102¾ bez.	do. St.-Prior.	4	79½ B.
Crac.-Oberschl.	4	69½ a 70 bez.	do. Prior.	4	85 G.
do. Prior.	4	85½ B.	do. v. Staat gar.	3½	
Dresden-Görlitz	4		Sächs.-Baier.	4	
Düsseld.-Elberf.	5	76 B.	Stargard-Posen	3½	84½ bez. u. B.
do. Prior	4		Thüringer	4	65 bez.
Fr.-Wilh.-Nordb.	4	51½ a ¾ bez.	do. Prior.	4½	97¾ bez.
do. Prior.	5	100 G.	Wilhelmsb. (Cosel-Oderberg)	4	
Kiel-Altona	4	96 B.	do. Prior.	5	
Magdeb.-Halber.	4	139½ G.	Zarskoje-Selo	—	79¾ B.
Magdeb.-Leipz.	4				
do. Prior.	4	98½ G.			

Ausländische Fonds.

Russ.-Engl. Anl.	5	109⅜ bez.	poln. P.-O. à 500fl.	4	80⅜ B.
do. 1. Anl. b. Hope	4		do. do. à 300fl.	—	112 G.
do. 2-4. A. b. Stiegl.	4	88⅜ B. V. 88⅜ B	poln. Bank-C. L. A	5	93½ bez. u. B.
do. poln. Schatz-O.	4	80⅜ bez. u. B.	do. do. L. B	—	17 G.
poln. Pfandbr. alte	4	96 B.	Kurh. P. Sch. à 40th.	—	34⅜ bez. u. B.
do. do. neue	4	95⅜ G.	N. Bad. Anl. à 35 Fl.	—	18⅜ B.

Die Börse, Anfangs flau, zeigte später eine bessere Haltung, obschon sich zu etwas höheren Coursen wieder mehrseitig Verkäufer zeigten.

Berliner Getreidebericht vom 22. November.

Weizen loco n. Qu.	52 — 56	pr. Nov.	14 1/12 G. ¾ B.
Roggen do. do.	26½ — 28	pr. Nov./Dez.	14¼ G. 1/12 B.
pr. Nov./Dez.	26¾ B. ¾ G.	pr. Dez./Jan.	14 1/12
pr. Frühjahr	27¾ bez. 28 B.	pr. Jan./Febr.	14¼ bez.
Hafer loco n. Qu.	15½ — 17	pr. Febr./März	14 1/12 G. ¼ B.
pr. Frühjahr	16¾	pr. März/April	13⅞ G. 14 B.
Gerste, große, loco	24 — 26	pr. April/Mai	13 11/12 G. ¾ B.
do. kleine, loco	18 — 22	Spiritus loco o. F.	14 5/12 a ½ bez.
Rapps	96	do. mit Faß	14¼ bez.
Rübsen	96	pr. Nov.	14½ bez.
Lein-Oel loco	12½	pr. Nov./Dez.	14¼ bez.
Rüb-Oel loco	14¾	pr. Frühjahr	15¾ G. ½ B.

In Roggen und Spiritus einiger Umsatz zu etwas besseren Preisen. Rüböl preishaltend.

Auswärtige Börsen.

Paris, den 19. November. Rente still und niedriger, man sprach vom Abgange des Finanzministers Fould. Span. Effecten bei vielem Verkehr, auch Nordbahnactien beliebter. 3 % Rente pr C. 56,70, pr ult. 56,80. 5 % pr C. 89,55, pr ult. 89,65. Bank-Actien 2385. Span. 3 % 35½. Nordbahn 440.

London, den 19. November. Consols Anfangs ⅛ % höher, schließen pr C. und a. Z. 93¾ a ⅞. Fremde Effecten belebter. Mex. 26⅝. Ardoins 16¾. Span. 3 % 35⅜. Integr. 54. Eisenbahn-Actien schwach bei rückgängiger Tendenz. Geld häufig.

Wien, den 20. November. Metall. 94½, ⅜. 2½ % 48½, 48. — Bankactien 1175, 1170. Loose von 1834 170½, 169½. do. von 1839 116½, 116. Nordbahn 108⅜, ¼. Mailand 80½, 80. Gloggnitz 109¾, ¼. Pesth 81, 80½. Amsterdam 152 G. Augsburg 109¾, ½. Frankfurt 109½, ¼. Hamburg 161, 160¾. London 11,1 a 11. — Paris 127¼ G. Gold 15¼. Silber 9⅛.

Fonds unverändert, Eisenbahn-Actien fest, Pesther und Mailänder wieder höher. Contanten und Devisen bei schwachem Verkehr steigend. Neues Anlehen 84⅛, 84.

Hamburg, den 20. November. F.-C.-A. 86½ B. u. G. Freiwillige Anleihe 106, 105½. Russen 104¾ G. Stieglitz 84¼ B. Dän. 71 B. Ardoins 10¾ B. Span. 3 % 25¾, ⅝. Berlin-Hamburg. 82, 81½. — Magdeburg-Wittenberge 67½, 67. Köln-Minden 94¼, 94. Mecklenburg. 35 B. Kiel-Altona 95 B. Fr.-Wilh.-Nordbahn 52½, ¼.

Fonds fest, E.-A. flau, der Umsatz in beiden gering.

Amsterdam, den 19. November. Integr. 53 7/16. Arnheim 82⅛. — Amsterdam-Rotterdam —. Ardoins 12¼. Coupons 8¼. Span. 3 % 27 1/16. Portug. 34½. Russen 104⅝. Stieglitz 83¾. Metall. 83¼, 2½ % 43¼. Merik. 24 13/16. London 12 B. Hamburg 34⅝ G. — Wien 33⅛ B.

In holländ. und span. Fonds, in letzterem bei etwas höheren Coursen, lebendiger Umsatz.

Breslau, den 19. November. Poln. Papiergeld 96¼ bez. Oester. Banknoten 94 1/12 bez. u. B. Poln. 500-fl.-Loose 81¼ B. Schatz-Obligationen 80¼ G. Oberschles. A. 108 G., B. 104⅓ bez. Freiburg 78⅓ à ½ bez. Niederschlesische 83⅓ a ⅔ bez. Cosel-Oderberg —. Cöln-Minden 94¾ B. Sächsisch-Schlesische —. Neiße-Brieg 41½ B. Krakau 70 11/12 a 71⅓ bez. u. G. Fr.-W.-Nordbahn 53 G. Krakau. Prior. 85 B.

Frankfurt a. M., den 20. November. Metall. 87⅜, ⅛. 250-fl.-Loose 106⅝, ⅛. 500-fl.-Loose 156, 155. Bank-Actien 1313, 1308. Preuß. Staatsschuld-Scheine 89, 88½. Köln-Minden 95¼, 94¾. Span. 3 % 27½, ¼. Integr. 53⅞, ⅝. Verbach 85, 84½. Sardin. Loose 33½, 33. Poln. 500-fl.-Loose 81¼, 80⅞. Kurhess. 40-Rt.-Loose 34⅝, ⅜. Fr.-W.-Nordbahn 52⅞, 52⅝. Badische 35-fl.-Loose 32⅛, 31⅞. Taunusbahn-Actien 295, 292.

Die Course der öster. Fonds waren heute etwas niedriger, alle übrigen behaupteten sich fest auf ihrem gestrigen Standpunkte.

Leipzig, den 21. November. Leipzig-Dresden 106¾ B. Sächsisch-Baiersche 86¾ G. Sächsisch-Schlesische 91, 90½. Chemnitz-Riesa 28½, 28. Löbau-Zittau 20 B. Magdeburg-Leipzig 218 G. Berlin-Anhalt. 86½ B. Crakau-Oberschlesische 71¼, 70¾. Köln-Minden 94½, G. Fr.-W.-Nordbahn 52¾ B. Altona-Kiel 96¼ B. Anhalt-Dessauer Landesbank 118¼ B. Preuß. Bank-Antheile 95½ B. Oester. Banknoten 94 B.

Auswärtige Getreideberichte.

Amsterdam, 19. November. Weizen zu vorigen Preisen, 130 ℔ bunt. poln. 278 fl., 130 ℔ rothbunt. do. 270 fl., 127 ℔ do. 265 fl., 128 ℔ rhein. 524 fl., 129 ℔ kubank. 242 fl. Roggen still, 120 — 121 ℔ preuß. 130 a 132 fl. Gerste ohne Handel. Hafer 76 — 79 ℔ Futter. 76 — 80 fl.

Kohlsaamen auf 9 Faß gleich — L., pr Octbr. — L., pr Novbr. 71 L., pr April — L., pr Novbr. — L., pr Octbr. — L. Leinsaamen wie früher, 110 ℔ riga 375½ fl. Rüböl flau, doch später zu den erniedrigten Preisen mehr Kauflust, pr 6 Wochen 44½ fl., effect. 43½ a ¼ fl., pr Novbr. — fl., pr Decbr. 43 fl., pr Mai 44¾ a 45 a 44½ fl. Leinöl sehr flau, pr 6 Wochen 33 fl., effect. 32¼ a 32 fl., pr December —, pr April —. Hanföl pr 6 Wochen 39 fl., effect. 38 fl. Rübkuchen 54 a 60 fl., Leinkuchen 6½ a 9 fl.

Wien, 20. November. Rapps und Rüböl. Bei den fortwährend sehr spärlichen Zufuhren verfolgen diese Artikel jene steigende Tendenz, welche der gegenwärtige starke Bedarf erzeugt. Die neuesten Schlüsse in Kohlrapps gingen über 15 fl. Cmze. pr Kübel außerhalb der Verzehrungssteuerlinie und bis 36¼ fl. für Rüböl consumirt.

Pesth, den 18. November. Spiritus 1½ Kr. pr Grad höher, vom Aerar wurden 2000 Eimer a 25½ fl. verkauft. Rüböl 26 a 28 fl., raff. 30 fl.

London, 19. November. Von engl. Weizen wurden bei geringen Zufuhren die besten Sorten etwas höher, die geringern aber eher niedriger als vor 8 Tagen verkauft; von fremden war starker Vorrath und der beschränkte Verkehr bedang kaum die früheren Preise. Beste Malz- und gute fremde Mahl-Gerste zur höchsten Notiz gefragt, andere Sorten vernachlässigt. Hafer flau und außer feinen alten alle Sorten etwas niedriger.

Stettin, 21. November. Es wurde heute einiges in Weizen gehandelt, 150 Wispel uckermärk. 89 — 90 ℔ in loco bedangen 52½ Rt. frei am Bord, 70 Wispel alter pomm. 89 ℔ 55 Rt., 50 Wispel pomm. alt und neu gemischt und 89 — 90 ℔ schwer ebenfalls 55 Rt., für 89 ℔ weißen schles. wurde 53 Rt., und für 89 ℔ gelben schles. 50½ Rt. bez. Roggen in loco 26½ a 27½ Rt. B., pr November 82 ℔ 26½ Rt. bez. u. B., pr Frühjahr 82 ℔ war gestern auch zu 28¼ Rt. anzukommen, heute ist 26¼ Rt. bez. u. B., 28¼ Rt. wohl noch zu machen. Oderbruchgerste 75 ℔ mit 24¾ Rt. bez., große pomm. ab Stralsund 75 ℔ mit 25 Rt., kleine Gerste mit 21½ Rt. bez. Hafer 54½ ℔ pomm. mit 19 Rt. bez.

Rüböl loco 14¼ Rt. B., 14⅙ a 14 1/12 Rt. bez., pr November 14 1/12 a 14 Rt. bezahlt, pr Decbr. — Januar 13⅚ Rt. bez., pr Febr. — März 13¾ Rt. bez. Leinöl 12⅙ Rt. gef.

Spiritus aus erster Hand zur Stelle und aus zweiter Hand ohne Faß 24½ % gef., 24⅝ a 24¾ % bez., mit Fässern 24¾ a 25 % bez., pr Frühjahr 22¾ % B.

Magdeburg, 21. November. Weizen 42 a 47, Roggen — a —, Gerste 21 a 23½, Hafer 15½ a 17 Rt. Kartoffel-Spiritus loco 19½ Rt. pr 14,000 % Tralles.

Inhalts-Anzeiger.

Verantwortlicher Redacteur: **Wagener.**

Selbstverlag der Redaction.

Druck von C. G. Brandis in Berlin, Deßauer Straße № 5.